

Er scheint täglich außer Montags...
Abonnementpreis: Preis für Berlin...

Vorwärts

Inserations-Gebühr beträgt für die...
Anzeigenpreis: 20 Pf.

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 28. April 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Der Streik der Bergarbeiter

Ist im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier seit Sonntag Morgen allgemein. Die gestrige Bergarbeiter-Versammlung in Bochum...

Trotz grimmigster Erbitterung sind die Bergarbeiter mit ruhiger, konzentrierter Entschlossenheit in den Kampf gegangen. Sie sehen und kennen die erdrückende Uebermacht...

Wie schwer ist an diesen Männern gesündigt worden! Welche Summe des Unrechts und der Bedrückung gehörte dazu...

Das Gerücht von den „aufbegehrenden Agitatoren“ muß hier verhallen. Während die „Agitatoren“, und namentlich die Sozialdemokraten...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

46

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichel.

Jetzt schon, wie gut es die Weiber haben, lachte der Alte, Ambros die Hand schüttelnd. Da muß ich draußen das schlechte Wetter ertragen...

beiter zerstören, und dem Bischöfen Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter den Garauß machen wollen.

Und der Staat — „der Beschützer der Schwachen“? Er hat sofort Partei ergriffen für die Herren Grubenbesitzer, obgleich diese bekanntlich an der Spitze der „Fronde“ gegen die Reichsregierung sind.

Wir können den Bergarbeitern nicht helfen — sie müssen den Kampf allein ausfechten — und das wußten sie von vornherein. Unser Herz ist mit ihnen und unsere besten Wünsche; und in diesem Moment können wir unsere tiefe Sympathie nicht besser beweisen...

„Laßt Euch durch keine Herausforderung, durch keine Maßregel, — und laßt auch das Blut auf, — zu irgend einer Gewaltthatigkeit, zu irgend einer Ungeheuerlichkeit hinreißen! Die Feinde lauern darauf, daß Ihr Gelegenheit bietet, das rauchlose Pulver“ an Euch zu erproben und auf Euren zuckenden Leibern eine Schreckensherrschaft des Kapitalismus aufzurichten — schlimmer, als die Aera des Sozialistengesetzes.

Ihr seid Männer und werdet nicht vergessen, was Euer Interessen und dem Klasseninteresse Eurer Arbeitsbrüder in Deutschland und der ganzen Welt schuldigt seid!

Wir wollen hoffen, daß der Streik sich nicht weiter ausdehne. Es wird jedoch kaum zu vermeiden sein.

Jedenfalls offenbart sich in diesem Bergarbeiter-Streik die ganze Ungerechtigkeit und Unvernunft der herrschenden Gesellschaftsordnung. Wird derselbe auch aller menschlichen Berechnung nach den Arbeitern und ihrem guten Rechte nicht den Sieg bringen, so wird er doch in die weitesten Kreise die Erkenntnis tragen, daß eine Gesellschaftsordnung, die derartige Früchte zeitigt und so himmelstreichendes Unrecht duldet und züchtet, mit der Humanität und Zivilisation sich nicht verträgt, und beseitigt werden muß, je eher je besser.

Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik.

Unser Berichterstatter, den wir zu der entscheidenden Delegirtenversammlung nach Bochum geschickt hatten, schreibt uns: Bochum, 28. April 1891.

Nicht wie ursprünglich bestimmt im „Schlingengarten“, sondern in der Wirtschaft von Philipps mußte die Delegirtenversammlung...

Ambros suchte sich seinen Bedarf an Brettern aus und belud damit den Handschlitten, den er vor der Thüre hatte stehen lassen. Afrika sah ihm durch das Fenster zu, wie er ab und zu ging; aus ihren Mienen war die Entmuthigung...

Seitdem er das Zusammentreffen seines besten Freundes mit dem Klosterbauer in der Kirche beobachtet hatte, stand es bei ihm fest, Lisei zu seiner Frau zu machen, nicht weil er jetzt auf eine größere Mitgift hoffen durfte...

lung der Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens abgehalten werden. Auch hier versteht man sich eben auf die Totalabtreibung.

Gegen 11 Uhr füllte sich der lange, schmale und niedrige Raum mit Delegirten und zusehenden Bergleuten. Bald war er überfüllt, er saß nur etwa 1000 Personen, und die Nachzügler mußten den Verhandlungen vom Garten aus an den offenen Fenstern des Saales folgen.

Alles war in Bewegung, in der Unruhe vor der Entscheidung. Da setzte ein Delegirter dem anderen auseinander, welchen Auftrag seine Delegation ihm mit auf den Weg gegeben habe, dort wurden Beschwerden und Klagen ausgetauscht und die Bedrückungen aufgezählt, durch welche die Kameraden fast systematisch ausgebeutet worden seien.

Die deutsche Presse war durch etwa fünfzig Berichterstatter vertreten.

Zur Ueberwachung der Versammlung waren der Oberbürgermeister Vollmann und der Polizeikommissar Verharden erschienen, ein früherer „Wachtmeister von der Berliner politischen Abtheilung“, der nach hier versetzt worden ist. Die Verhandlungen wurden von einem amtlichen Stenographen des Berliner Polizeipräsidiums aufgenommen.

Punkt 11 Uhr eröffnete der Verbandskassirer des allen Verbandes, Joh. Meyer, Bochum, die Versammlung mit der Mitteilung, daß er die Verhandlungen selber nicht leiten könne, da er das Vergnügen habe, um 11/2 Uhr auf Strassappell (M. ist Pionier der Reserve) zu erscheinen. (Rufe: So wird's gemacht!)

Die weitere Leitung übernahm Bauer-Weitmar. Er vertagte die Versammlung zunächst auf zehn Minuten. Während dieser Zeit wurde der Saal geräumt und die Delegirten einzeln nach den Schächten aufgerufen und in einem bestimmten Theile des Saales gruppiert. Nur so wurde Ueberblick bei den Abstimmungen möglich, und verhindert, daß sich Zuschauer ohne Mandat an den Abstimmungen beteiligten.

Es wurde festgestellt, daß alle Schächte des rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens mit Ausnahme des Schachtes „Westfalia“ Dortmund vertreten waren, der in derselben Zeit eine Delegirtenversammlung abhielt. Außer diesen 274 Delegirten von 166 Schächten waren als Vertreter anderer deutscher Kohlenbezirke noch anwesend: Marken-Saarbrücken, Thoms-Altenwald, Aachenwald-Altenwald, Otten-Burnerrevier, Reichelt-Altwasser (Schleien) und ein Vertreter des Braunkohlenreviers in der Provinz Sachsen.

In das Bureau wurden gewählt: Bauer-Weitmar, erster, Marken-Saarbrücken, zweiter Vorsitzender, Siegel-Dortmund, erster, Otten-Burnerrevier, zweiter Schriftführer.

Nun konnte in die Tagesordnung eingetreten werden. Zunächst verlas der Vorsitzende folgenden Brief, den die belgischen Kameraden an die Versammlung gerichtet haben:

„Charleroi, den 24. April. Werthe Kameraden! Aus den Zeitungen haben wir erfahren, daß es bei Euch zu einem partiellen Streik gekommen ist. Wir sind für einen großen Streik, wenn Belgien und Deutschland beisammen sind. Wir bitten um sofortige Nachricht, was Ihr heute beschließt. Wir haben am 26. d. Mts. in Charleroi Versammlung. Wenn der Generalstreik ausbrechen sollte, so werden wir solidarisch auf Eurer Seite stehen und Euch auf jede denkbare Weise unterstützen. Es lebe die internationale Solidarität!“

Der Brief wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, dann ergriff Siegel das Wort:

diesem und dem Vater und bestellte an sie von Ambros Grüße, obgleich ihm keine aufgetragen waren. Der armen Lisei that es wohl, mit ihm von ihrem Bruder und Stasi, die er sehr lobte, sprechen zu können, und sie hielt ihn für einen guten, treuherzigen Menschen. Wie hätte sie denken können, daß er unterdessen nur auf eine günstige Gelegenheit passte, um den Schmied unschädlich zu machen. Um die Abneigung der Vigiler gegen Wolf zu schüren, dazu bedurfte es keiner großen Geschicklichkeit, und jetzt bot die neue Oetränksteuer Jerg eine feste Handhabe. Die Vertheuerung von Wein und Schnaps verursachte in ganz Tyrol böses Blut und überall kam es in den Trinkstuben zu tumultuarischen Austritten. Auch in denen Mutschleitner's und des Bäckers. Es hätte nicht viel gefehlt und die Erbitterung hätte sich gegen die Wirthe gewendet, obgleich diese unter der neuen Steuer und den damit verbundenen Scherereien zunächst und zumeist litten. Das Verdienst des jungen Arigaya war es, daß der Sturm unschädlich an ihnen vorüberbrauste und sich ein anderes Opfer suchte. Aber Jerg besaß eine so große Bescheidenheit, daß er Niemand sein Verdienst ahnen ließ.

Es war am Sonnabend, wo die Leute wie gewöhnlich einen frühen Abend machten und ihren Wochenlohn in der Tasche hatten. Lechner arbeitete noch. Seine muskulösen nackten Arme führten den wuchtigen Schmiedehammer wie spielend, und jeder klingende Hammer Schlag lockte einen Sprühregen von Sternen aus dem weißglühenden Eisen auf seinem Ambos. Der Feuerschein der Esse lag auf seinem berußten Gesicht und seiner gelben Löwenmähne. Plötzlich rief der kleine Bursche, der den Blasebalg zog: „Meister, schaut Euch um; da sind Leute!“

(Wird auf Kameraden! Das Volk urtheilt, es hat bereits entschieden. Nicht für, nicht gegen den Streik darf hier gesprochen werden, und will ich sprechen. Denken Sie an das Strafgesetzbuch, so wie es ausgelegt wird, welches die Aufforderung zum Kontraktbruch mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Gedanken sind ebenso gut als Worte. (Lebhafter Beifall.) Wie es zum partiellen Streik gekommen ist, wissen Sie. Der Verbandsvorstande und ich haben versucht, den Streik auf Eintracht I und II zu verhindern. Es war unmöglich. Ich habe wenigstens keine Lust, mir die Knochen im Leibe zerschlagen zu lassen. Was können wir nun thun? Die streikenden Kameraden mit Geld unterstützen? Dazu lassen die Herren dem Bergmann zu wenig Geld. (Beifall.) Wie die Inflation griff der Streik um sich. Auf „Eintracht“ folgte die „Fröhliche Morgenstunde“. Bis gestern Nachmittag fanden 27 Schächte still. Vier Schächte im Essener Revier haben sich inzwischen noch angeschlossen. Heute müssen wir zum Resultat kommen. Wollen wir das Eine nicht, so müssen wir bestimmen, daß die ausländischen Belegschaften die Arbeit morgen wieder aufnehmen. (Stürmische Rufe: Nein!) Aus Sachsen, aus den Braunkohlen-Revieren, wo Löhne von 2,40 M. bis 2,90 M. täglich bezahlt werden, (Rufe: Pfui!) wird uns wie aus Belgien geschrieben: Wir sind zwar im Prinzip sonst immer gegen Streiks gewesen, aber so, wie die Dinge heute liegen, glauben wir nichts zu riskiren. Zu verlieren haben wir ja doch nichts! (Bravo!) Die heutige Versammlung braucht weder lange zu dauern, noch braucht viel geredet zu werden. Doch würde ich dem Vorsitzenden nur rathen, einfach abstimmen zu lassen: Wer gegen den Streik ist, der hebt die Hand hoch! (Weiterer Beifall.) Der Volkswille läßt sich nicht mehr zurückdrängen. Die Führer sind es nicht im Stande, obwohl wir wissen, daß die Kapitalisten den Streik nur herausbeschworen haben, um den Bergmann täglich hinetzuwerfen. (Rufe: Sehr richtig!) Ich sage nichts dagegen, ich werde mich aber auch hüten, dafür zu sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Allgemein erhebt sich jetzt der stürmische Ruf: Abstimmen! Abstimmen!

Vorsitzender Wauer: Wir sind nicht gewillt, hier lange Worte zu machen. Ein Zurück giebt es nicht mehr. Aber die Redner, die auf der Liste stehen, müssen wir sprechen lassen; auch andere Ansichten müssen wir hören, damit es nicht nachher in der Presse heißt, die Delegirten-Versammlung sei vergerathigt worden. (Zustimmung.)

Die Versammlung ist damit einverstanden. Die Rednerliste wird geschlossen und die Rederei auf fünf Minuten festgesetzt.

Reitzer-Hamm: Jeder Delegirte weiß, wie seine Belegschaft gefonnen ist. Wir müssen solidarisch vorgehen. Doch wäre es besser, die Abstimmung geheim vorzunehmen. (Rufe: Nein!) Ich gehe mit dem Groschen-Gang durch Dick und Dünn. Aber jeder soll sich erst bestimmen, bevor er stimmt.

Schönweisk-Plittchen-Dortmund: Auf „Sieben Planeten“ hatten wir bisher bessere Zustände. Ueber die Beamten war nicht zu klagen. Bisher war es Brauch, daß die Kameraden ihre Hausbrandkohl hatten. Die Kameraden hatten sich nun 40—50 Brandwagen geladen; da wurde ihnen streng verboten, sie abzufahren. Wie? Wir machen die Kohle selbst los und dürfen sie nicht einmal zum eigenen Gebrauch billiger haben? Von der ganzen Belegschaft fuhren nur 5 an, und von diesen 5, 4 wieder aus. Und das geschieht auf einem Schacht, wo im Allgemeinen ein gutes Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern geherrscht hat.

Mietzen-Gelsenkirchen: Ich bin stets gegen den Ausstand gewesen. Ueber der Druck von oben ist zu stark. Wenn Ihr im Verbands Euch nicht solidarisch fühlt, dann treten wir aus! (Zustimmung.)

Bringewald-Wattenscheid: Ich habe es lebhaft bedauert, als der Ausstand ausbrach. Man brach mit ihm bestimmte Kongressbeschlüsse, die ganz anders lauteten. Gegen einen partiellen Streik bin ich ganz entschieden, damit können wir nie unsere Lage verbessern. Sie, Kameraden, haben jetzt zu bestimmen, ob wir den ausländischen Kameraden zu Hilfe kommen sollen, oder ob wir und mit ihnen nicht solidarisch erklären. (Beifall.)

Himmermann-Kray: Bei den Schächten giebt es kein Zurück mehr. Die Folgen wären schlimmer, als alles andere. Ich glaube, wir erklären uns mit den Kameraden solidarisch. (Bravo.)

Dickmann-Neckendorf: Die heutige Bewegung ist nicht nach der Führer Sinn. Aber wir können nichts gegen sie ausdrücken. Bei dem früheren Ausstande hätten man die Bewegung gern den „radikalen Elementen“ in die Schuhe geschoben. Auch jetzt hat man es gewollt und versucht. Aber der „Vorwärts“, die „Volkstimme“, die „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung“, sie alle haben diesen Ausstand auf das Entschiedenste bekämpft. Wir können auch unsere Lage nur verbessern, wenn wir alle organisiert sind. Heute ist der Ausstand ein sehr gewagtes Spiel. Wissen wir denn wirklich, ob wir das Volk auch hinter uns haben? Sorgen wir dafür, daß unsere Sache nicht durch einen Putsch zurückgeschleudert wird. Gewiß! ich bin dafür, wenn wir siegen könnten. Jeder muß aber genau bedenken, ob

*) Kohle zum eigenen Verbrauch, welche die Bergleute zu einem etwas billigeren Preise von den Zechen beziehen.

wir siegen werden. Verlieren wir, so werden wir noch viel schlimmer gedrückt werden als bisher. Und uns wird mit Recht nicht nur der Vorwurf der Uneinigkeit, sondern auch der Unsicherheit treffen. (Sehr richtig!) Bevor wir stimmen, überlegen wir es uns genau! (Beifall.)

Joh. Weber-Herne: Nach dem schönen Brief der Belgier mache ich den Vorschlag, ihnen sofort zu deponiren: „Einer für Alle, Alle für Einen!“ (Stürmischer Beifall.)

Thomae-Saarrevier (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Die Delegirten des Saarreviers rief das Solidaritätsgefühl hierher. In Halle verbanden wir uns national, in Paris international. Diese Solidarität wollen wir nun bestätigen. Obwohl uns der Ausstand hier verfrüht erscheint, werden wir doch die Solidarität hochhalten und die westfälischen Kameraden, soweit es das Gesetz erlaubt, nach Kräften unterstützen. (Stürmischer Beifall.)

Lindeberg-Bochum: Ich schließe mich den Ausführungen Diekmanns an. Von meiner Belegschaft ist ein Drittel für, ein Drittel gegen den Streik, und das letzte Drittel läuft herum und weiß nicht recht, was es machen soll. So mag es auch wohl noch anderwärts sein. Wenn wir hier stimmen, wissen wir nicht, ob das Volk hinter uns steht. Redner schlägt geheime Abstimmung vor. Jeder Schacht soll eine Stimme haben, und der Ausstand nur dann als beschlossen gelten, wenn eine Zweidrittel-Majorität sich dafür erklärt.

Schul-Holtehausen: Nicht unsere Schuld ist es, wenn gestreikt wird. Die Unternehmer haben uns den Fehdehandschuh hingeworfen. Wir waren gegen den Streik. Redner empfiehlt geheime Abstimmung.

Siegel-Dortmund: Stimmen Sie, wie Sie wollen; wenn aber die heutige Versammlung gegen den Ausstand stimmt, dann haben wir 240 und mehr Gemotzgelte, wie 1890 in Gelsenkirchen. Sie mußten damals mit Weib und Kind nach Brasilien auswandern! (Rufe: Das darf nicht geschehen.) Auch wenn der Streik ins Wasser fällt, und ich weiß bestimmt, daß er ins Wasser fällt, so schadet das nichts. „Zus um Fuß muß dem Kapital durch Streiks der Boden abgerungen werden“, sagte der englische Deputirte Abraham zu Paris. 1889 mußten die Bergleute erst durch den Streik durcheinander geschüttelt werden, bevor eine Organisation zu Stande kam. Hoffen wir, daß unsere Organisation bald so stark ist, daß Streiks erst gar nicht mehr nöthig sind. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Vorsitzende fragt nun die Delegirten der ausländischen Schächte, ob sie die Arbeit am nächsten Tage wieder aufnehmen wollen. (Stürmische Rufe: Nein, nein!)

Vorsitzender: Die anderen Belegschaften werden wissen, was sie zu thun haben. Jeder Delegirte stimme jetzt nach Ehre und Gewissen: „Wer dafür ist, daß morgen der Ausstand im ganzen Revier sein Ende erreichen soll, der hebe die rechte Hand empor!“

Nur eine Hand erhebt sich. (Stürmischer Beifall.) Damit ist der Generalkonflikt für das ganze Gebiet der Ruhrlohle proklamirt.

Vorsitzender: Kameraden, haltet Euch jetzt so, wie es Bergleuten zukommt! Die Delegirten hatten dafür, daß in ihren Belegschaften nichts passiert. Wir wollen unsere eigene Polizei sein. Dann haben wir vom Militär nichts zu befürchten. Wir hoffen, daß uns die Behörden in unserer gerechten Sache nicht hindern werden. (Lebhafter Beifall.) Der Ausstand wird geführt um die achtsündige Schicht und eine Lohnverhöhung. Das sind unsere Forderungen, die bei den Grubenverwaltungen eingereicht sind.

Schröder-Dortmund: Eine ernste Mahnung will ich an Sie richten, Kameraden. Halten Sie jeden Abend Familienrath, sorgen Sie dafür, daß die Straßen leer bleiben und die jungen Leute nicht auf ihnen herumstehen. 1889 waren es gekaufte Leute, die schlimme Zusammenstöße verursachten, daß Tausende darüber unglücklich wurden. Haben Sie Achtung vor den Behörden, auch wenn sie stramm aufstehen! Ruhe und Ordnung überall, Ruhe und Ordnung, damit das Militär, wenn es kommt, und es wird nicht lange dauern, hier auch keine Arbeit hat. (Stürmischer Beifall.) Ich würde vom Streik abgerathen haben, aber der Volkswille ist mir unterworfen. Jedes Volk macht sich seine Gesetze selbst, auch wir Bergleute. Das ist demokratisches Gesetz. Ich werde jetzt, wo der Streik beschlossen ist, an der schwierigsten Stelle nicht fehlen. (Stürmischer Beifall.) Nicht in den ersten Tagen wird der Kampf beendet sein. Halten Sie jetzt mit jedem Groschen. Rechnen wir nicht auf fremde Hilfe. Die einzige Hilfe ist Solidarität. Wir wollen den letzten Bissen Brot mit einander theilen. (Stürmischer Beifall.)

In demselben Sinne spricht Brodam-Gelsenkirchen, der den Vorschlag macht, für das ganze Revier eine Lohnkommission zu wählen, die mit dem bergbaulichen Verein, dem Unternehmerverein, zu verhandeln hat. Die Verhandlungen der Delegirten einzelner Belegschaften mit den Direktoren seien schädlich. (Zustimmung.)

zerspangen einige Fensterscheiben. Jetzt aber brauste auch das Blut Wolfs auf; er schleuderte den Hammer hinter sich in die Schmelze, packte die Nächsten und schlug sie gegen einander und warf sie dann gegen die Mauer. Einem Dritten, der in diesem Augenblick ein Messer auf ihn zückte, schlug er mit der Faust nieder. Die Menge stüzte, und Wolf bemuhte den Moment, um sich in die Schmelze zurückzuziehen. Raum aber hatte er die Thüre von innen verriegelt, so krachte eine ganze Salve von Steinen gegen sie.

Es war der Anfang eines anhaltenden Bombardements, das von wildem Schreien, Pfeisen und Jubeln begleitet wurde. Die Fensterscheiben zersplitterten klirrend und klingend; die Manern knirschten von den abprallenden oder streifenden Wurfgeschossen, und jetzt begann es dumpf gegen die Thür zu pochen, als ob mit Holzschitten dagegen gestossen würde. Lechner ergriff eine Eisenstange, entschlossen, sein Leben so theuer wie möglich zu verkaufen, wenn die aus starken Bohlen gefügte Thür den Stößen nachgeben sollte. Seine Augen flammten wie blaue Blitze aus dem beruhten Gesicht. Der kleine Lechner hatte sich in irgend einen Winkel verkrühen.

Auf einmal erscholl draußen ein triumphirendes Hurrah. Das Werfen mit Steinen hörte auf und statt dessen vernahm Wolf ein eigenthümlich prasselndes Geräusch auf der Gasse, das von Gelächter und Hohnrufen aus ihn begleitet wurde. Dumpfe Schläge und Hohnrufe über ihm ließen ihn nicht lange in Ungerwissenheit über das, was im Werke war. Man deckte das Dach der Schmelze ab. Indessen hatte der weit durch die Nacht schallende Lärm nicht nur fast die ganze Einwohnerschaft des zerstreuten Dries herbeigelockt, sondern auch den Landjäger-Posten aufmerksam gemacht. Freilich bestand dessen ganze Macht nur aus drei Mann und dem Korporal, allein es waren entschlossene und gut bewaffnete Männer und das Klimmern ihrer auf die Büchsen gepflanzten Bayonnette gab der Aufregung ihres Führers, die Gasse vor der Schmelze zu räumen, den nöthigen Nachdruck. Ohne jede Widersehtlichkeit von Seiten der erregten Tumultuanten ging es aber nicht ab; es gab manchen Kolbenstoß und zerrissene

Auch Schröder-Steels (Verbands-Vorsitzender) empfiehlt der Antrag Brodam. In eindringlichen Worten mahnt er zur Ruhe. Sollte man einen Kameraden sehen, der sich betrunken hat, dann bringe man ihn sofort in die eigene Wohnung, damit er seinen Rausch ausschläft.

Nachdem der Vorsitzende Wauer noch mitgetheilt, daß der Verbandsvorstand beschlossen habe, bei wichtigen Nachrichten sofort Extrablätter drucken und unter den Kameraden verteilen zu lassen, um jede Verwirrung durch die Fügennachrichten der gegnerischen Presse zu verhindern, wird beschlossen, eine Lohnkommission zu wählen und zwar so, daß jedes Revier darin vertreten ist. Gewählt wurden: Gerlach-Anna, Heibel-Sommerberg, Schröder-Dortmund, Siegel-Dortmund, Löwenstein-Annen, Stabs-Buch, Joh. Weber-Herne, Meyer-Bochum, Brodam-Gelsenkirchen, Diekmann-Gelsenkirchen, Kahn-Batterscheid, Bauer-Weimar, Margraf und Ballmann-Essen, Michels-Nahlheim, Engstald-Vortrop, Freiburg-Vortrop, Schröder-Steels, Kampmann und Melisch-Altenessen, Ribberg-Planenburg. Zusammen 21 Delegirte.

Durch einstimmigen Beschluß wird Schröder-Dortmund mit dem Vorbehalt in dieser Kommission betraut und ihm das Recht verliehen, für den Fall seiner Verhaftung seinen Nachfolger zu ernennen.

Zum Schluß erwähnt Siegel noch einmal zur Ruhe. Das Militär sei nicht fern. Die Behörde könnte nichts vernünftigeres machen, als ein Armeekorps zu mobilisiren, und sämtliche Gruben zu besetzen. Dann würde auch nicht eine Belegschaft mehr anfahren: „Die deutschen Arbeiter sind nicht gewohnt, unter Polizei-Aufsicht und Belagerungszustand zu arbeiten.“ (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen unsern Gegnern nicht den Gefallen thun, daß die Flinte schießt und der Säbel haut!

Der Vorsitzende empfiehlt den Kameraden noch kurz, sich durch keine Drohanschläge der Direktionen an den Schächten beeinflussen zu lassen, dann erhebt sich die ganze Versammlung und singt stehend und entblößten Hauptes drei Strophen des Bergmannsliedes:

„Glück auf, Kameraden! Durch Nacht zum Licht!“

Vorsitzender: Mit diesem Schlachtliede wollen wir in den Kampf ziehen. Hoch die internationale Vereinigung! Hoch die internationale Verbrüderung! Dreimal brausen die Hochrufe durch den Saal. Damit schließt die denkwürdige Versammlung.

Wir lassen die Nachrichten der Depeschentaus folgen. Daß sie mit Vorsicht anzunehmen sind, brauchen wir unsern Lesern nicht erst zu rathen.

Essen a. d. Ruhr, 25. April. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge hat der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund heute mit Bezug auf die §§ 24 und 25 des Knappschaftsstatuts ein Rundschreiben verfaßt, in dem es heißt: „Im Hinblick auf den mit Kontraktbruch begonnenen Streik auf einer Reihe von Vereinstzechen beschloß Ihr Vorstand, den verehrlichen Vereinszechen zu empfehlen, die Namen derjenigen freitrenden Bergarbeiter, welche der 3. Klasse der Knappschaft angehören und binnen der ihnen von der Werksverwaltung zur Wiederaufnahme der Arbeit gestellten Frist die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sofort nach Ablauf dieser Frist dem Vorstande des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum aufzugeben mit dem Ersuchen, gemäß §§ 24 und 25 der Statuten das Weitere zu veranlassen, insbesondere somit die ausständigen Bergarbeiter 3. Klasse aus den Listen der Knappschaft zu streichen und sie dadurch der Vortheile ihrer bisherigen Beitragsjahre (§§ 63 und 64 des Statuts, wonach Mitglieder 3. Klasse nach 15 Arbeitsjahren bei Arbeitsunfähigkeit zum Invalidendenzel berechtigt sind), für verantwortlich zu erklären. Der Vorstand beschloß ferner, den Vereinszechen zu empfehlen: Diejenigen streitenden Bergarbeiter, welche der 3. Klasse der Knappschaft angehören und die Arbeit binnen der ihnen gestellten Frist nicht aufgenommen haben, zur Besondereinrichtung in die 2. Klasse nicht vorzuschlagen bezw. einen entsprechenden Vorschlag, falls derselbe bereits gestellt ist, als gegenstandslos zurückzuziehen, da die betreffenden Bergarbeiter der Knappschaft überhaupt nicht mehr angehören. Sollte die Wiederaufnahme jetzt entlassener Bergarbeiter 3. Klasse später in Frage kommen, so hat dieselbe nur nach Weibringung eines neuen Gesundheitsattestes zu erfolgen. Bezüglich der gegen die streitenden Knappschafts-Mitglieder 1. und 2. Klasse zu treffenden Maßregeln werden wir Ihnen demnächst unsere Beschlüsse zur Kenntnis unterbreiten.“

Duisburg, 25. April. Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Duisburg: Dießige größere Werke beschlossen, bei eintretendem Kohlenmangel den Betrieb einzustellen; die Rheinische Stahlwerke zu Meiderich haben ihre Arbeiter theilweise vorläufig entlassen; der Phönix zu Saar benachichtigt ein Gleiches zu thun. Aus Bochum meldet die „Rheinische Zeitung“: der Bochumer Verein habe infolge des Ausstandes seiner Zechen sein Schienenwerk stillgelegt, lohne die Arbeiter aber weiter. Die Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg habe 9,50 M. für westfälische Kohlen geboten, die Zechen seien aber abgeneigt unter 10,50 M. abzugeben; die kaiserliche Marine habe ihren Mehrbedarf für das laufende Jahr in besten westfälischen Stückkohlen mit 13 M. ab

Kleider und einige von den Wildesten mußten verhaftet werden.

Lechner hatte bei dem Einschreiten der Landjäger die schwere Eisenstange aus der Hand gelegt und nachdem es auf der Gasse still geworden war, zündete er ein Licht an und ging in seine Wohnstube, die einige Stufen höher als die Werkstätte lag. Hier sah es wüst genug aus. In den beiden Fensterrahmen hing nur noch die verbogene und zerrissene Bleischnur der kleinen Rauten; diese selbst waren zertrümmert. Ihre Scherben mischten sich auf dem Fußboden mit den hereingeschleuderten Steinen und dem Kalte, den diese von den Wänden geschlagen hatten. Auch auf seinem Bette lagen Steine. Die Tassen und Gläser, die auf dem Gesimse eines Schrankes gestanden, waren nur noch ein Trümmerhaufen; die Thür des Schrankes war geborsten und auch der Ofen vielfach beschädigt. Während Wolf den angerichteten Schaden besichtigte, kam der Lechner aus seinem Schlupfwinkel hervor und mit seiner Hilfe machte sich der Schmied daran, Schutt und Trümmer aus der Stube zu schaffen und die Ordnung einigermaßen wieder herzustellen. Eine Magd hielt Wolf nicht; eine Frau in der Nachbarschaft besorgte ihm die Wirtschaft. Nachdem er mit seinem kleinen Burleschen das Bett in die Nebenstube geschafft, die verschont geblieben war, da sie auf einen kleinen, durch die Mauer von der Gasse getrennten Hof hinausging und die Fensterläden in der Vorderstube geschlossen waren, kehrte er in die Werkstätte zurück, wo er die Gluth in der Esse wieder ansachte und neue Kohlen aufschüttete. Den Lechner sah er zur Ruhe gehen. Er selbst zog sich einen Schemel vor die Esse, stützte den Kopf in die Hand und schaute düstern Sinnes in die Gluth. Von Zeit zu Zeit hob ein tiefer Seufzer seine Brust. Nun war das Schlimmste geschehen, was er gefürchtet hatte! Wohl bis Mitternacht sah er so im traurigen Weiten vor den verglühenden Kohlen und der folgende Morgen ließ ihm seine Lage in keinem freundlicheren Lichte erschauen.

(Fortsetzung folgt.)

Zeche gedeckt und zahlte für den ganzen Bedarf 1892/93 13,50 M.; für Landfessel-Kohle zahlte dieselbe 10,50 M. ab Zeche.

Essen a. d. Ruhr, 26. April. Der Zentralvorstand des Verbandes für den Oberbergamtsbezirk Dortmund „Glückauf“, beschloß nach mehr als dreistündiger Sitzung, welcher der Reichstags-Abgeordnete Stödel und Redakteur Leming beiwohnten, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, folgende Resolution: „Wir erklären uns gegen einen Streik und fordern demgemäß alle christlichen Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers auf, die Arbeit nicht niederzulegen. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, welchen wir in der im Oktober v. J. an den Minister von Berlepsch gerichteten Denkschrift niedergelegt haben. Wir glauben, daß unsere Forderungen berechtigt sind und durchgeführt werden können und müssen. Wir wissen auch, daß die heutige Bewegung hervorgerufen ist durch das nicht zu billigende Vorgehen der Zechenverwaltung „Eintracht Tiefbau“ und daß sie gesührt ist durch sozialdemokratische Agitatoren, ob schon das Organ des alten Verbandes jetzt von einem Streik abräth, um andere ins Feuer zu schicken. Wir bitten die Regierung dringend, bei der bevorstehenden Reform des Berggesetzes die berechtigten Wünsche der Bergleute durchzuführen. Endlich fordern wir alle christlich-patriotischen Bergleute auf, dem Verbands „Glückauf“, der keine konfessionellen und Parteizwecke verfolgt, beizutreten und gegen die sozialdemokratischen Elemente in der Bergarbeiter-Bewegung mit aller Energie Front zu machen.“

Essen a. d. Ruhr, 27. April. Von 26 Zechen im Stadt- und Landrevier sind heute früh nur die Belegschaften von 7 theilweise ausländisch, nämlich Schacht „Wolfsbühl“ und Schacht „Levin“ vom Essener Bergwerkverein, wo im Ganzen nur 888 Mann von ca. 800 unter Tage angefahren sind, Schacht „Wilhelm“ von Zeche „Königin Elisabeth“, wo nur 86 unter Tage angefahren sind, während auf dem anderen Schacht der Zeche „Alles arbeitet“, ferner Zeche „Der Hagenbeck“ bei Allendorf, wo von 700 nur 209 Mann angefahren sind, Zeche „Heisinger Tiefbau“ bei Kupferdach, „Johann“ bei Steele und „Bonifacius“ bei Krag. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt diese Thatsache mit den gestrigen Beschlüssen des Verbandes „Glückauf“ in Verbindung. Dasselbe Blatt veröffentlicht einen Protest des evangelischen Arbeitervereins in Witten gegen den neuesten Versuch, durch einen Bergarbeiter-Ausstand die ganze Industrie und das nationale Erwerbsleben zu schädigen.

Köln, 25. April. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Duisburg: Stündlich mehrten sich die Anfragen nach Kohlen seitens rheinisch-westfälischer Werke bei den Ruhrkohlen-Händlern. Sogar minderwertige Kohlen werden aus den Lagerbeständen zu hohen Preisen zum sofortigen Bezuge ausgesetzt. Betriebsbeeinträchtigungen benachbarter Werke wegen Kohlenmangel wurden heute schon angefangen. Der Oberpräsident von Westfalen wies infolge ministerieller Ermächtigung die Verwaltungs- und Bergbehörden an, die von Kontraktbrüchigen Bergarbeitern etwa angerufenen behördliche Vermittlung zu verweigern.

Köln, 26. April. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Essen: Die heutige, zahlreich besuchte Vorstandssitzung des Verbandes „Glückauf“, welcher der Abgeordnete Stödel und Redakteur Leming beiwohnten, nahm folgende Resolution an: „Wir erklären uns gegen den allgemeinen Ausstand und fordern die christlichen Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers auf, die Arbeit nicht niederzulegen. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, welchen wir in der im Oktober vorigen Jahres an den Minister v. Berlepsch gerichteten Denkschrift dargelegt haben. Wir glauben, daß unsere Forderungen berechtigt sind, und durchgeführt werden können und müssen. Wir wissen auch, daß die heutige Bewegung hervorgerufen ist durch das nicht zu billigende Vorgehen der Zechenverwaltung von „Eintracht Tiefbau“ und daß sie gesührt ist durch sozialdemokratische Agitatoren, ob schon das Organ des alten Verbandes jetzt vom Ausstande abräth, um andere ins Feuer zu schicken. Wir bitten die Regierung dringend, bei der bevorstehenden Reform des Berggesetzes die berechtigten Wünsche der Bergleute durchzuführen. Endlich fordern wir alle christlich-patriotischen Bergleute auf, dem Verbands „Glück auf“, der keine konfessionellen und Parteibestrebungen verfolgt, beizutreten und mit aller Energie Front zu machen.“

Brüssel, 26. April. In einer Versammlung der belgischen Delegierten zum internationalen Pariser Bergarbeiter-Kongress und der Mitglieder des Ausschusses des Bergarbeiter-Verbandes wurde nach dreistündiger Beratung beschloffen, sich mit dem Generalausstande der deutschen Bergarbeiter solidarisch zu erklären; vor der Ausstands-Erklärung wolle man aber die Resolutionen des Bochumer Delegiertentages vom heutigen Tage abwarten. Dieser Beschluß beweist, daß die belgischen Bergleute die Bewegung zum Generalausstande in Deutschland unterstützen. Es dürfte sich daraus in einigen Tagen eine sehr schwierige Lage entwickeln.

Bochum, 27. April. Die Zechen „Königsgrube“, „Hannover 1“, „Colonia“, „Dannenbaum“ sind theilweise ausländisch. Seltentlicher ist noch ruhig.

Essen a. d. Ruhr, 27. April. Nach einer überschüssigen Zusammenstellung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ist auf den Zechen des Dortmunder Reviers Alles an der Arbeit. Auch das Gelsenkirchener und Ferner Revier ist ohne Ausstand. Auf der Zeche „Vorussia“ bei Marten sind nur 80 Mann angefahren. Im Witterer Revier freit auf den Zechen „Franziska Tiefbau“ und „Sommerbänken Tiefbau“ etwa die Hälfte der Belegschaft. Im Stadt- und Landrevier Essen wird von den 89 im Revier liegenden Zechen nur auf den Zechen „Friedrich Wilhelm“ bei Kupferdach, „Wolfsbühl“, „Christian Levin“, „Schacht Wilhelm“ und „Schacht Joachim“ von Königin Elisabeth, „Hagenbeck“ bei Allendorf und „Bonifacius“ gestreikt, auf denselben ist nur ein Theil der Belegschaft angefahren. Im Bochumer und Dahlhauser Revier ist die Lage gegen Sonnabend im Allgemeinen wenig verändert. Auf der krupp'schen Zeche „Hannover“ freit nunmehr auch ein Theil der Belegschaft von Schacht I. Von 840 Mann sind nur 376 Mann angefahren. Auf Schacht 2 sind von 885 Mann 88 angefahren. Auf den Zechen „Konstantin der Große“, „Hannibal“ und „Vöhringen“ arbeitet Alles; auf den Zechen „Friedrich Nachbar“, „Holland“, „Marianne und Steinbank“ und „Engelsburg“ freit ein großer Theil der Belegschaft.

Witten, 27. April. Im hiesigen Bezirk sind die Belegschaften der Zechen „Franziska“, „Sommerbank“, im Bochumer ist jetzt auch die Zeche „Präsident“ ausländisch.

Ruhrort, 27. April. Eine Anzahl Rheinbampfere fährt nach Rotterdam, um dort englische Kohlen aufzunehmen.

Essen a. d. Ruhr, 27. April. Die Anzahl der streikenden Bergleute beläuft sich heute auf 15 000. Neuerdings sind zu dem Ausstand hinzugegetreten die Belegschaften der der Harpener Bergbaugesellschaft gehörenden Zechen „Prinz von Preußen“ und „Caroline“ bei Langendreer, ferner die Zechen „Wienbahlsbank“ bei Varop, „Mannsfeld“ bei Langendreer, „Mont-Genis“ bei Derne, „Germinengrube“ und „Alborus“ bei Bochum.

Brüssel, 27. April. Eine gestern abgehaltene Versammlung der Delegierten der zum belgischen Nationalverbande gehörenden Bergarbeiter nahm eine Resolution an, in welcher sich dieselben in den Bestrebungen zur Erreichung des achtstündigen Arbeitstages mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären und sich verpflichten, sobald in Deutschland der allgemeine Streik einträte, auch in Belgien denselben durchzuführen. Außerdem erklärte die Versammlung, daß der Ausstand auch in den Dienst der Bestrebungen zur Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts in Belgien gestellt werden solle.

Weitere Telegramme finden unsere Leser am Schlusse der ersten Beilage.

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. April.

Die Zuckersteuer, die heute vor den Reichstag kam, zeigt in ihrem Wesen und ihrer Geschichte so recht deutlich die Natur des heutigen Klassenstaats, in welchem die „Klinke der Gesetzgebung“ nur dazu da ist, die Interessen der herrschenden und bestehenden Klassen zu fördern — natürlich, da man dem Paul nichts geben kann, ohne es dem Peter zu nehmen, auf Kosten der arbeitenden Klassen. Die Zuckerindustrie wurde durch Bülle künstlich aufgepöppelt — man nennt das „geschützt“ — und den Herren Zucker-magnaten in Gestalt von Zuckerprämien Jahr für Jahr, Jahrzehnte lang, eine Million nach der anderen in die Tasche gesteckt. Zum Trost dafür, daß es die Kosten bezahlen mußte, hatte das Volk die Genugthuung, daß die Millionäre, welche es aus seinem Mark zu „säcken“ hatte, den Ausländern deutschen Zucker billiger lieferten, als dem deutschen Volk, daß die Differenz zu tragen hatte. Der Unfug ist schließlich so groß geworden, daß die Regierung einschreiten mußte und sich entschlossen hat, mit dem System der Prämien zu brechen, wenn auch nur ganz allmählig. Und um diese Prämie wird nun geringen. Die Kommission, vor welche die Regierungsvorlage verwiesen ward, erklärte sich in ihrer Mehrheit für Ablehnung, und in der heutigen Sitzung des Reichstags kämpften die kapitalistischen Herren Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumsleute mit Klauen und Zähnen um das fetts Staatsalmosen. Die Kardorff, Hennigsen, Staudy (Zuckerfabrikant), Hoensbroech (Zentrum) öffneten alle Schleusen ihrer Beredsamkeit — und wenn der Goldhunger ebenso beredt machte, wie sprichwörtlich die Liebe und der Haß, dann würden diese Herren heute eine demokratische Beredsamkeit entwickelt haben. Der langen Reden kurzer Sinn war: „wir haben bisher aus der Tasche des Volks ein fetts Staatsalmosen erhalten — dieses Almosen ist unser Recht, und wer unser Recht antastet, der rührt an den Wurzeln des Staats und der Gesellschaft.“ Immer das alte Lied.

Die Anschauungen der Sozialdemokratie brachten Ulrich und Heine zum Ausdruck, von denen die Frage prinzipiell in eingehender Weise behandelt, und namentlich auch die Heuchelei gezeigelt ward, mit welcher die Herren Zucker-magnaten — gleich den Brot- und Fleischvertheurern — die Interessen der „kleinen Leute“ vor-schieben. Von fortschrittlicher Seite sprachen (gegen die Prämien) Witte und Barth.

Der Reichstag nahm nach 4 1/2 stündiger Debatte § 1 an, welcher die Zuckerprämie in der alten Form beseitigt, jedoch die Frage einer Ausfuhrprämie noch offen hält. Ueber § 2, welcher die neue Steuerhöhe festsetzt, wurde die Abstimmung ausgefällt (der Schacher ist noch nicht zum Abschluß gelangt), und darauf alle Paragraphen bis einschließlich 63 angenommen. In der nächsten Sitzung, welche Mittwoch 11 Uhr beginnen wird — die morgige Sitzung fällt wegen der Beisehung Moltke's aus — wird die Debatte fortgesetzt und die Entscheidung getroffen werden. Die Pause eignet sich, als ob sie bestellt wäre, zu dem noch nöthigen Schacher-geschäften.

Die konservativen Reichstags-schwänzer werden von dem sächsischen Zentralorgan der antisemitischen Kor-nwucherer, dem „Vaterland“, wie folgt entschuldigt:

„Wir geben zu, daß es nicht wärdig ist, wenn der Reichstag dauernd beschlußunfähig und beispielsweise in Gegenwart von 28 Mitgliedern eröffnet wird. Aber man bedenkens: der deutsche Mann ist eben noch kein „politisches Geschöpf“, er hat noch ein gewisses Interesse für sein Heim, seine Familie, seinen Lebensberuf. Und man bedenkens weiter, daß die Gesetzgebungs-maschine seit einiger Zeit mit einem Hochdruck arbeitet, der Jeden ermüden muß.“

Nicht wärdig, aber doch in der Ordnung. Hoffentlich sorgen die deutschen Wähler dafür, daß die „deutschen Männer“, die noch keine „politischen Geschöpfe“ sind, d. h. sich um „Heim, Familie und Lebensberuf“ mehr kümmern, als um die Pflichten der Volkvertretung, hübsch zu Hause bleiben können bei den „väterlichen Däsen“ und bei den „Kriegervereinen“ und sonstiger passender Gesellschaft.

Deutsche Einheit. Der Bezirk Leipzig des deutschen Kriegerbundes ist aus diesem Bunde ausgetreten, weil derselbe das Protektorat dem preussischen König anbieten will und dieses Vorhaben, so lange nicht durchführbar ist, als außerpreussische Vereine dem Bunde angehören.“ Also preussisch, sächsisch, kaiserlich-hamburgisch, medienburgisch — Alles, nur nicht „deutsch“. Und das 25 Jahre nach Weg-segung des seligen „Deutschen Bundes“!

Eine „arge Schluppe“ der Sozialdemokraten wird vom „Leipziger Tageblatt“ also erzählt:

„Merleburg, 24. April. Unsere Herren Sozialdemokraten haben eine arge Schluppe erlitten. Gestern Abend war mit viel Geschrei vorher eine öffentliche Volksversammlung nach der Kaiser-Wilhelms-Halle“ einberufen, in welcher der bekannte sozialdemokratische Agitator „Genosse“ Ad. Hoffmann aus Zeitz über die kürzlich hier gehaltene Versammlung lämmlicher biesiger Parochialvereine sprechen wollte. Der besonderen Einladung an die hiesigen Herren Pastoren, in dieser Versammlung zu erscheinen, waren diese mit wenigen Ausnahmen gefolgt. Doch nicht diese allein, sondern wenigstens noch 500 Bürger etc. waren der Aufforderung des Herrn Rechtsanwält Woesel hier gefolgt und hatten sich zu der Versammlung eingefunden. So mochte denn ungefähr die Hälfte der Erscheinenden aus Sozialdemokraten, die andere aus Nicht-Sozialdemokraten bestehen. Nachdem der Einberufer die Versammlung eröffnet und um Vorschläge zur Bildung des Vorkauss ersuchte, ging der Spektakel los, denn gegen die vorgeschlagenen Sozialdemokraten erhoben die Gegner heftigen Einspruch, was von Seiten der Sozialdemokraten wiederum mit Lärmen beantwortet wurde. Da sich der Skandal nicht legte, so löste der überwiegende Polizeibeamte die Versammlung sogleich wieder auf. Man mußte daher auf das Vergnügen, den „Genossen“ Hoffmann zu hören, verzichten.“

Also ein Spektakel und „Skandal“, den, nach dem naiven Geständnis des Berichterstatters selbst, die Herren Ordnungsparteiler anstifteten, ist eine „arge Schluppe“ der Sozialdemokraten! Der hier genannte Woesel ist beläufig Fortschrittler, und gehörte eine Zeit lang dem Reichstage an. — Da wir gerade bei derartigen Ausschneidereien sind, durch die wir auf dem Papier „geistig“ lodgeschlagen werden sollen, so sei hier erwähnt, daß der Niedergang der Sozialdemokratie in Berlin wieder einmal die gegnerische Presse fällt. Alles soll hier drunter und drüber gehen, der Vorstand am Ende seines

lateins und in Verzweiflung sein. Thatsächlich giebt es keine Stadt in Deutschland, in der unter den Genossen weniger Streitigkeiten vorkämen und größere Begeisterung herrschte, als in Berlin. Unsere Gegner sind da wieder einmal das Opfer ihrer eigenen Lügenberichte.

Eine sehr interessante Aeußerung über den Reptilien-fonds finden wir in einer älteren Nummer der „Dressener Nachrichten“, die seitdem anders denken und urtheilen gelernt haben. Am 5. November 1878, also vor 12 1/2 Jahren, schrieb dieses Blatt redaktionell:

„Gelänge es dem Abg. Windthorst, den Sohn des Königs Georg V. von Hannover, den jetzigen Herzog von Cumberland zu bewegen, auf seine Kronansprüche zu verzichten, so würde diesem der beschlagene Welfenfonds aufzuhändigen sein. Aus diesem werden bekanntlich die Reptilienblätter unterhalten, die so sehr zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in Deutschland beigetragen haben. Kommt der Welfenfonds wieder in die Hände des früheren Besitzers, so würde sich allbald unter der reißtillsten Presse Deutschlands ein weitaus größeres „Bliescherben“ zeigen, als bei den soeben hinweggeführten sozialdemokratischen Blättern. Soll aber der Welfenfonds aus den Kellern des preussischen Schatzes in die Hochzeitskammer des Welfen wandern, so wird dies außer den Reptilienblättern Niemanden mehr interessieren als Herrn — Bleichröder. Man versichert uns, ein recht ansehnlicher Theil des Welfenfonds sei zur „Fruchtifizierung“ in Papieren angelegt, welche Bleichröder emittirt hat und die jetzt natürlich im Kurse gesunken sind. Eine Veräußerung derselben würde sich auf der Börse sehr bemerklich machen. Man darf daher aus mehr denn einem Grunde gespannt sein, ob der Herzog von Cumberland auf seine Thronansprüche verzichtet. Sein künftiger Schwiegervater, der König von Dänemark, soll lebhaft wünschen, seine Tochter, die mehr als sechs Schuh große Prinzessin Thyra, an einen reichen Schwiegervater zu verheirathen.“

Der Welfenfonds ist damals, wie münchlich bekannt, dem Welfenhause nicht gegeben worden, und hat bis zum Tage, wo Fürst Bismarck aus seiner Hansmeierei ermittelt ward, den Zwecken der abscheulichsten Korruption dienen müssen.

Aber wo steht's mit Bleichröder? Herr Bleichröder war und ist Bismarck's Bankier und Herr Bleichröder versteht sich sehr gut auf „Geschäft“ — auf sein's und das seiner Klienten. Und wer hat von der „Fruchtifizierung“ des Reptilienfonds den Profit gehabt? Der Staatsanwalt, der sich mit dem 850 000 Mark-Geschenk zu befassen haben wird, kummert sich hoffentlich auch um diesen „dunkeln Punkt.“

Das „Frankf. Journal“ erfährt aus angeblich vor-züglichster Quelle, daß zwischen Deutschland und Rus-land ernsthaft Verhandlungen über einen deutsch-russischen Handelsvertrag schweben, denen die maßgebenden Peters-burger Kreise wohlwollend gegenüberstehen. Mittelpunkt der Verhandlungen ist Wien. Auf Grund der Verhandlungen sei auch die allgemeine Lage als sehr friedlich zu bezeichnen.

Die deutsche Regierung hat die Einladung der amerikanischen zur Beschickung der Weltausstellung in Chicago angenommen. Es fällt uns nicht ein, um etwas Selbstverständliches willen ein Lob auszusprechen, wir müssen aber daran erinnern, daß der vorige Reichskanzler, als es sich um ebenso Selbstverständliches handelte, die Einladung brüsk ablehnte und das Ansehen und die Interessen Deutschlands schwer schädigte. Wir reden von der Pariser Weltausstellung des Jahres 1889, die Fürst Bismarck, damals leider noch allmächtig, in seinem kleintlichen Haß gegen Frankreich und die Demokratie, zu boykottieren suchte — ein (übrigens bekanntlich jammervoll mißlungener) Versuch, welcher die deutsche Industrie einen Theil ihres, ohnehin nicht bedeutenden Absatzgebietes kostete. Durch ihre Haltung in Sachen der Chicagoer Weltausstellung beweist die deutsche Regierung auch, daß sie von den elenden Behereien eines Theils der deutschen Presse gegen Amerika nichts wissen will und daß sie nicht gefonnen ist, den Interessen der Brot- und Fleischvertheurer, welche den chauvinistischen Nabal in Szene gesetzt haben (natürlich mit dem Krakeleber von Friedrichsruhe als Ober-Nabalbruder an der Spitze), um die Aufhebung des Verbots gegen amerikanisches Schlacht-vieh zu hintertreiben, die Interessen des deutschen Volkes nicht länger opfern will.

In Deutschland deutet Alles darauf hin, daß die Maifeier dieses Jahr wahrhaft großartig ausfallen wird. An vielen und wohl an den meisten größeren Orten wird die Feier eine doppelte sein: Freitag, den 1. Mai, Abends, Volksversammlung mit dem Thema: Achtstundentag und das Maifest der Arbeit; und Sonntag, den 3. Mai, Massen-umzüge und Ausflüge, Volksversammlungen u. s. w. — Alles mit Rücksicht auf die Bedeutung des Tages. An den meisten Orten sind die Anordnungen derartig getroffen, daß, bei dem vortrefflichen Geist, der überall herrscht, die Theilnahme der gesamten Arbeiterschaft zu erwarten ist. Die klassenbewusste Arbeiterschaft Deutschlands wird das Maifest der Arbeit würdig und mit imposanter Ein-müthigkeit feiern, und das herrschsüchtige Unternehmertum, das den Arbeitern ihr Maifest nicht gönnen wollte, wird das Zu- und Nachsehen haben. — (Siehe auch „Zur Maifeier“ in der 1. Beilage.)

In Frankreich wird die Altersversorgung, in Rußland die Unfallversicherung der Arbeiter geplant.

Ein Rundschreiben des französischen Arbeitsministers, Jules Guyet, ordnet an, daß im Interesse der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs die Lokomotivführer und Triebwagenführer höchstens 12 Stunden arbeiten dürfen.

Großfürst Nicolai Nicolajewitsch ist am letzten Sonnabend im Wajuginne gestorben. Er war Generalissimus im letzten russisch-türkischen Kriege, wo er sich nicht durch Heldenthaten, sondern durch die willige Annahme von grandiosen Bestechungen seitens der Lieferanten für die Armee auszeichnete.

Die hiesige sibirische Gesandtschaft hat heute folgende amtliche Drahtmeldung von der sibirischen Regierung erhalten: Am Morgen des 22. April sind die zur Flotte der russisch-sibirischen gehörenden Schiffe, das Panzerschiff „Blanco Encalada“ und der Kreuzer „Guadac“ in dem Hafen von Caldera in die Luft gesprengt worden, und zwar durch 5 von den Torpedos der Regierungskolonne „Danz“ und „Condell“ (Kapitane Moraga und Fuentes) zu diesem Zwecke abgelassene Sprengkörper (System Whitehead). Mehr als 100 Personen wurden dabei getödtet. Die Torpedos sind wohlbehalten nach Valparaiso zurückgekehrt.

Theater.

Dienstag, den 28. April.
Spernhaus. Der Ring des Nibelungen.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lesing-Theater. Die Furcht vor der Freude. Mariensommer. Eine kleine Gefälligkeit. Eine Partie Biquet.
Berliner Theater. Die Jungfrau von Orleans.
Deutsches Theater. Odys von Verlichingen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Saint Cyr.
Wallner-Theater. Des Teufels Weib.
Residenz-Theater. Dr. Jojo.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellealliance-Theater. Der Giftmischer.
Ostend-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Stabljement Buggenhagen am Moritzplatz.

Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Hädmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchenschank von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor S. Saustleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Travieki aus Rom.
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 **F. Sodtke.**

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
 Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.
 Öffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23. 11-1 u. 5-9 U.
Knabe mit 2 Köpfen. Esau-Lady.
 Im Spezialitäten-Theater 6-10 Uhr:
 Neu! Minnie Cash, 10jährige Soubrette.
 Gebr. Forst, Instrumentalisten.
 Egr. Rappo, Jongleur. Jlla Scherz. Laura Zimmermann. Sigmund Stein. Mr. Brighton.

Rheinländischer Tunnel.

gen.: „Die fidele Nagelhilfe“
Berlin N., Essasserstrasse 73,
 gegenüber der Bergstraße.
 Ausschank von vorz. Lagerbier à Seidel 10 Pfg.
 bei guter musikalischer Unterhaltung u. aufmerksamer Bedienung.
 Uegemüthliche Kneipeerei.
H. Schultze (mit'n H.).
 Bestellungen auf Musik für jedes Vorkommniß werden im Lokal entgegenommen. 565L

Eeschlöschchen Reinickendorf!

Mein Lokal ist zum 1. u. 3. Mai noch ganz frei.
 562b **H. Böttcher.**

H. Teupel.

Boechstraße 21, Gräfelstraße 78, Bergstraße 5.
 Alle Besucher der Hasenbaide mache auf mein Geschäft Gräfelstr. 78 aufmerksam.

Freie Volksbühne.

Maivorstellung im Ostendtheater

Freitag, den 1. Mai cr., Abends 8 Uhr, für die I. Abtheilung;
Sonnabend, den 2. Mai cr., Abends 8 Uhr, für die II. Abtheilung;
Sonntag, den 3. Mai cr.: Nachmittags Punkt 2 Uhr, für die III. Abtheilung.

Programm:
 1. Durch Kampf zur Freiheit. Historisches Melodrama in drei Akten nebst lebenden Bildern.
 2. Deklamation des Herrn Dclamator's Hermann Paris.
 3. Konzert eines ausgewählten Orchesters, unter gütiger Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine „Flöter“ und „Kammer“.
 In Anbetracht des frühen Termins der Vorstellung werden die Mitglieder der I. und II. Abtheilung ersucht, ihre Beiträge für Mai bis zum 1. resp. 3. Mai zu entrichten. 573b

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Maurer und Zimmerer!

Freitag, den 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei L. v. S., Aktienbrauerei, Friedrichshain:
Öffentliche Bauhandwerker-Versammlung mit Frauen.
Tagesordnung:
 1. Gesang der Gesangvereine „Echo“ und „Lorbeerkranz“.
 2. Vortrag, betreffend die Bedeutung des Achtstundentages laut der Pariser Resolution.
 Nachdem: Gemüthliches Beisammensein mit Frauen.

Gesangvorträge
 werden ausgeführt von den Gesangvereinen „Echo“ und „Lorbeerkranz“, Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes.

Maurer, Zimmerer

erscheint alle in dieser Versammlung, um den 1. Mai würdig dessen zu machen, was wir uns zum Ziel gesetzt haben: Verkürzung der Arbeitszeit.
 Hoch lebe die Einigkeit im Bauhandwerk.
 Für die Maurer des Wedding und Gesundbrunnen zur Nachricht, daß Sonntags, wenn keine Versammlungen stattfinden, die Morgensprache wieder aufgenommen ist und zwar bei dem Genossen Wendt, Restaurant, Köstlinerstraße Nr. 17.
 Maurer des Wedding und Gesundbrunnen zeigt, daß ihr eure Interessen zu wahren wißt, und arbeitet mit zur Verbesserung eurer Klassenlage; nicht Rückwärts, sondern Vorwärts soll unser Bestreben sein. 235/97
Carl Weiss, Tegelerstr. 27.

Mai-Feier.

Am Sonntag, den 3. Mai 1891, Nachmittags präzis 4 Uhr,
 bei Wohlhaupt (Schöder), Mantelstr. 6:
Große öffentliche Versammlung sämtl. Knopfarbeiter Berlins mit Frauen
 mit einem dem Tage entsprechenden Vortrag.
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz, Vorträgen u. s. w. Unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Weichenblau“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).
 Kein denkender, zielbewußter Knopfarbeiter darf in dieser Versammlung fehlen. Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt. Festzeitung am Eingang à 10 Pf., Tanz frei.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen der Stellmacher Berlins u. Umgegend

am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
 in den Anstalten, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung: Der 1. Mai und seine Bedeutung. Ref.: Herr Millary.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Nachher: **Geselliges Beisammensein.**
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellerfassung statt. Festzeitung gratis. Ferner machen wir bekannt, daß wir am 3. Mai eine Landpartie nach Friedrichshagen machen. Treffpunkt am Bahnhof Alexanderplatz, Morgens 6 1/2 Uhr. Arbeiter-Retourbillet 40 Pf. Nachzügler werden erwartet im Restaurant **Wandrei**, Friedrichshagen. 235/8
 Um rege Theilnahme bitten **Die Hausstragen.**

Grosse öffentliche Böttcher-Versammlung mit Frauen

am Freitag, den 1. Mai cr., Abends 8 Uhr,
 bei Heise, Richtenbergerstraße Nr. 21.
Tagesordnung:
 1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent Herr Köhler. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. 235/9
Der Einberufer.

Achtung! Zimmerleute Berlins! Achtung!

Maifeier-Versammlung mit Frauen
 gemeinschaftlich mit den Maurern am **1. Mai, Abends 8 Uhr,**
 in Lipp's Brauerei am Friedrichshain (am Königsthor).
Tages-Ordnung: Vortrag über die Bedeutung des Achtstundentages.
Gesangsvorträge mehrerer Gesangvereine.
 Pflicht eines jeden Berliner Zimmerers ist es, sich an diese Versammlung zu beteiligen. 352/12
Am 3. Mai: Ausflug der Zimmerer mit Familie nach Hohen-Neuendorf. Abfahrt Morgens 7 1/2 Uhr vom Sietlinger Bahnhof, Mittelpercon. Preis für Hin- und Rückfahrt à Person 60 Pf.
Das Bureau der Versammlung vom 30. März 1891:
 Joseph Schmidt, Hugo Lehmann, Reinhold Gaesch.

Neue Walhalla.

Commer-Theater im Ausstellungs-Park Hasenhaide.
Dressirte Klapperstörche kommen.
 601L

Tischler

und sämtliche Berufsgenossen Berlins.
Große öffentliche Versammlung
 am **Freitag, den 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,**
 in „Sanssouci“, Rottbuserstr. 4a.
Tages-Ordnung:
Der 1. Mai und der Achtstundentag.
 Referent **Th. Glocke.**
 Diskussion. — Abstimmung der Resolution.
 815/4 **Der Einberufer.**

Achtung! Sattler. Achtung!

Freitag, den 1. Mai cr., Abends 8 1/2 Uhr, findet in **Volgsmüller's** Salon, Alte Jakobstr. 48a, zur
Feier des 1. Mai
 eine gr. öffentl. Versammlung m. Frauen statt.
Tagesordnung:
 Der 1. Mai und seine Bedeutung für die Arbeiter-Klasse. Referent: Schriftsteller **Carl Lange.**
Die Festzeitung
 gelangt in dieser Versammlung zur Ausgabe.
Sonntag, den 3. Mai:
Ausflug mit Familie nach Friedrichshagen.
 Treffpunkt: **Seeschlösschen.**
 Um rege Theilnahme sämtlicher Kollegen ersucht
 Die Agitationskommission der Sattler Berlins.

Achtung! Parteigenossen Spandau!

Am Sonntag, den 3. Mai, veranstaltet der **Freiwillige Les- und Diskussionsklub „Haseckebauer“** zur Maifeier einen **Ausflug nach Haselhorst.**
 Sammelort: Lindenufer. Abmarsch früh 8 Uhr. Um zahlreiche Theilnahme der Parteigenossen wird ersucht.
 854/17 **Der Vorstand.**

Berliner Arbeiter-Bildungs-Verein.

Mittwoch, den 29. April, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung im Lokale des Herrn Lehmann, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal.
 2. Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereins, event. Vorstandswahl.
 Mitgliedskarte legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht 115/5
Der Vorstand.

Wir Unterzeichnete haben unter dem heutigen Tage beschlossen, die Morgensprachen in dem Lokale: Am Ostbahnhof 4 bei Buschko abzuhalten. 623L
 Berlin, den 22. April 1891.
Die Führer des Vereins:
 Mau. Müller. Ratz. Wadst. Prestol.

Ich liefere 2 Cabinet-Photographien Lassalle u. K. Marx

(sehr abnahmefähige Neuheit!)
 à M. 15 per 100 Stück.
 561b **Fr. H. Thollus in Oden u. Rh.**
 2 gebrauchte Nähmaschinen sind zu verkaufen
 567b **Grüner Weg Nr. 62, I.**

Möbl. Schlafstelle für Herren
 155M **Orianenstr. 159, v. 4 Tr. I.**
 Eine Schlafstelle ist zu vermieten
 571b **Dresdenerstr. 99, D. v. I.**

Möbl. Schlafstelle für zwei Herren
 Brangelstr. 29, v. 2 Tr. b. Road. 156M
 Eine freundl. möbl. Schlafst. zu verm.
 Christinenstr. 28, v. 4 Tr. bei Wichmann.

Eine möbl. Schlafstelle für 2 Herren
 Fürstenstr. 9, v. 4 Tr. b. Pöhl. 542b
 2 fenstr. Stube u. Küche (104 Zhr.)
 sof. Roststr. 28, v. 1 Tr. b. Badenthien.

Febl. Schlafst. (sep. Eing.) b. Siefert,
 Admiralsstr. 38, Quergeb. 1 Tr. 569b
 Ein Genosse findet freundl. Schlafstelle (sep. Eing.) Barnimstr. 47, Mahlig.

Ein Parteigenosse findet febl. Logis (sep.) b. Wittne Gebhardt, Skalitzerstr. 129, Quergeb. part., Gartenansicht. Preis 8 M.

Saubere Schlafst. für einen Genossen bei Fröhlich, Langestr. 105, D. r. 2 Tr.
 Freundl. Schlafstelle Kullmstraße 28, Quergeb. 1 Tr. b. D. Dertel. 555b
 Schlafst. f. 1. D. Pöhlstr. 52, v. II I.

Todesanzeige.

Nach längerem schweren Leiden verschied am 25. d. M., Abends 7 Uhr, meine gute Frau, unsere liebe Mutter **Louise Dunkel geb. Knobloch.**
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes, Briher Chaußee, statt. 565b
Carl Dunkel, Otto Dunkel, Emma Dunkel geb. Köhler, Emil Dunkel, Max Dunkel.

Allen Freunden und Bekannten, namentlich den Herren Kollegen und dem Eidwerk-Verein Herrn Thater, welche meinem verstorbenen geliebten Gatten das letzte Geleit zum Grabe gegeben haben, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
 Die tiefbetrübte Gattin,
 544b **Marie Thomas.**

Empfehle mein Geschäft in **Blumen und Kränzen.** 533L

Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, erkläre ich meinen Freunden und Genossen, daß ich mit J. Meyer, Wienerstr. 1, in keiner geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehe.

Zur Anfertigung von Damen- und Kinderkleidern, Jaquets und Mänteln empfiehlt sich **B. Rodznanos,** 566b **Grüner Weg Nr. 62, I.**

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins

Maitrank fl. 0,75.
 562L **F. Seyer, Oranienstr. 154.**
 Filiale: Elisabeth-Ufer 47.

Rechts-Bureau des Königl. Preuss. Amtsrichters a. D.

Alte Jakobstr. 102L. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenh. Unentgeltl. auch Sonntags.
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
H. Manner, Reichensbergerstraße 150, Ecke Mantelstr.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft. 476L

Jede Uhr

zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 42L
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78,
 3. Geschäft: **Chausseestr. 34.**

Arbeitsmarkt.

Lücht. Einschnaider sucht Schraubenfabrik v. Erdmann u. Grob. 550b
 Gute Hofenschnaider werden verlangt Seydelstr. 25, Hof 3 Tr. 550b
 Tüchtigen Barockvergolder, der auch guter Verflößer sein muß, verlangt Rottbuser Ufer 32. 549b
 Tüchtige Marmorfleiser und Steinmetzen auf Marmorarbeit verl. **H. Frieß,** 83P
 Landsberger Allee 19.
 Weber auf Doublenwaare tritt verl. Kaiser Wilhelmstr. 38, I. 137M
 Mäntelarbeiten, geblät. Regenmäntel u. schwarze Sachen, außer d. Hause, f. Lohrmann, Müllerstr. 4.
 Hierzu zwei Beilagen

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung vom 27. April 1891, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Reichskanzler von Caprivi, von Malhahn.

Eingegangen ist der Handelsvertrag mit Marokko. Der Abg. von Weyrauch hat wegen seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium sein Mandat für den Wahlkreis Kassel-Nessungen niedergelegt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung der Zuckersteuer-Vorlage.

Nach dem Gesetzentwurf sollte die Verbrauchsabgabe von 12 auf 22 M. für den Doppelzentner erhöht werden; ferner sollte für die 3 Jahre von 1892 bis 1895 eine offene Prämie von 1 M. für den Doppelzentner gewährt werden. Die 13. Kommission hat die Vorlage abgelehnt.

Die Abgg. Witte, Barth, Schrader und Dohrn (sf.) beantragen eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe bis auf 16 M. zu bewilligen, die Vorlage aber schon 1891 in Kraft treten zu lassen und sämtliche Exportprämien in Fortfall zu bringen.

Die Abgg. Graf Stolberg und Gulisch (H.) beantragen die Genehmigung einer Konsumabgabe von 18 M. und die Gewährung von Prämien in Höhe von 1,50 M. für die 4 Jahre von 1892-96 und in Höhe von 1 M. für die 4 Jahre von 1897-1900.

Abg. Graf Hornbroch beantragt, den Einfuhrzoll für Zucker, welchen die Vorlage auf 36 M. erhöhen will, weiter auf 40 M. zu erhöhen.

Abg. Nahl berichtet über die Verhandlungen der Kommission, welche mit dem mitgetheilten negativen Resultat gerundet haben. Ueber das Prinzip der Vorlage sei man einig gewesen, es habe sich aber eine Einigung über die Höhe der neu zu normirenden Sätze nicht herbeiführen lassen.

Staatssekretär v. Malhahn: Nach diesem Ergebniss der Kommissionsberatungen verhandelt der Reichstag jetzt über die ursprüngliche Regierungsvorlage, und die Verantwortung für die Ablehnung derselben trägt nicht die Regierung, sondern den Reichstag. Für die verbündeten Regierungen war bei Einbringung der Vorlage entscheidend, daß die Rohsteuer eine stetig sinkende Tendenz zeigte, und daß andererseits man im Reich und in den Einzelstaaten steigenden Bedürfnissen gegenüberstehe. Das bisherige System der Besteuerung des Zuckers ist von allen Seiten als reformbedürftig anerkannt worden; die Abschaffung der Rohsteuer ist allseitig gebilligt worden; die Differenz trat erst auf bei der Frage, wie der Uebergang aus dem alten in das neue System zu gestalten sei. Was der deutschen Zuckerproduktion an baaren Prämien zugesprochen ist seit 1877-78 beträgt bis einschließlich 1890-91 213 243 872 M. Die deutsche Zuckerindustrie bestritt, daß ihr dieser Betrag zwar zugesprochen ist; aber bestritten kann sie nicht und thut sie auch nicht, daß diese Summe baar bezahlt ist aus den Taschen der Steuerzahler für die deutsche Zuckerindustrie ohne Aequivalent für die Ersteren. Nach der Meinung der meisten Beteiligten beschränkt sich der Vortheil der Produktion aus dem gegenwärtigen Steuersystem nicht auf den baaren Zuschuß, sondern die Ausfuhrbonifikation drückt sich auch im Inlandspreise aus. Diese Zahl ist nun weniger sicher zu berechnen. Ungefähr stellt sich der Gewinn aus dem Inlandspreise hinwegscheiden, für denselben Zeitraum die gesammte Prämie auf 884 Millionen. Kein Staat ist im Stande, auf die Dauer einer Industrie derartige Zuschüsse zu geben. Um den ersten Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten, ist es für die deutsche Zuckerindustrie ausreichend, ihr eine Uebergangszeit von 4 Jahren zu gewähren; wir erwarten mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die Noth die Konkurrenzländer zwingen wird, uns auf diesem Wege zu folgen, nachdem sie leider abgelehnt haben, sich mit uns freiwillig zu diesem Zwecke vertragmäßig zu verbinden. Ein plötzliches Abschneiden eines solchen Zuschusses ohne jeden Uebergang ist nach der Meinung der verbündeten Regierungen sehr bedenklich und empfiehlt sich in keiner Weise. Die vorgeschlagene Uebergangszeit von 3 Jahren ist daher von uns in der Kommission entschieden verworfen worden. Ich wünsche dringend, daß über diese Vorlage in der gegenwärtigen Session eine annehmbare Verständigung erzielt werden möge, nicht nur im Interesse der Reichskasse, sondern auch der deutschen Zuckerindustrie, weil wir befürchten, daß, wenn diese Verständigung nicht jetzt erzielt wird, in späteren Jahren eine für die Industrie wesentlich ungünstigere Gestaltung des unvermeidlichen Uebergangs in neue Verhältnisse notwendig werden wird.

Abg. Fürst Dahnfeldt (Rp.): Der Abg. Windthorst hat bei der ersten Verathung dieser Vorlage seinen Unmuth ausgesprochen über das fortwährende Mitteln an unserer Zoll- und Steuer-Gefügung. Seine Worte haben heute noch denselben Werth. Seit 1883 ist diese Vorlage die fünfte, welche eine Aenderung der Zuckerbesteuerung gebracht hat. Welche Industrie kann eine solche unaufrichtige Beunruhigung ertragen? Wir wollen 1,25 M. Exportprämie für den Doppelzentner haben; das macht bei 8 Millionen Doppelzentnern Export etwa 10 Millionen Mark. Nun soll der höchste Betrag der Prämien 25 Millionen Mark. Nun soll der höchste Betrag der Prämien 25 Millionen Mark. Nun soll der höchste Betrag der Prämien 25 Millionen Mark.

Staatssekretär v. Malhahn bemerkt, daß 25 Millionen nicht der höchste Jahresbetrag der Prämien sind, sondern es haben sich 1887-88 28 1/2 Millionen, 1888-89 30 Millionen Mark Prämien ergeben.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Ich bin Zuckerinteressent, denn ich bin bei einer Zuckerfabrik betheilig. Ob die verbündeten Regierungen bei der letzten Vorlage sich der ganzen Bedeutung der Zuckerindustrie für die Nation, und namentlich für die Landwirtschaft ganz bewußt gewesen sind, ist mir zweifelhaft. Die letzte Aenderung der Zuckersteuer-Gesetzgebung schien dieses Gebiet zur Zufriedenheit geordnet zu haben, denn die finanziellen Erwartungen sind ja von den Ergebnissen noch übertroffen worden. Ueberausend mußte die Vorlage kommen, denn noch vor Kurzem hatte der Staatssekretär im Namen der verbündeten Regierungen versichert, daß die Abschaffung der Exportprämien nur im Einvernehmen mit den anderen betheiligten Staaten in Angriff genommen werden würde. Die Londoner Konferenz ist gescheitert und seitdem haben wir nicht gehört, daß die Aussichten für die Aufhebung besser geworden seien. Die Vorlage führt bloß zwei Gründe an; man braucht mehr Geld und fürchtet eine gewisse Ueberproduktion. Diese reichen für eine so radikale Aenderung nicht aus. Was man mehr Geld braucht, ist kein Grund, das nicht aus. Was man mehr Geld braucht, ist kein Grund, das nicht aus. Was man mehr Geld braucht, ist kein Grund, das nicht aus.

system heißt es, soll den englischen Konsumenten zu Gute kommen; die Prämie solle auf den Weltmarktpreis drücken und gleichzeitig bei uns den Preis um die Prämie erhöhen; das ist ein vollkommener Widerspruch. (Abg. Barth: Nein! Heiterkeit.) Ohne den Schutz durch die Prämien hätte die Industrie nie den Aufschwung genommen, den sie genommen hat, ohne den Schutz würde der Zucker den unteren Volksklassen stets unerschwinglich geblieben sein! (Widerpruch links.) Die Nationalliberalen werden in der zweiten Lesung für § 1 stimmen, wonach die reine Konsumsteuer an die Stelle des bisherigen gemischten Systems tritt. Wir behalten uns aber vor, wenn keine Einigung über die Höhe der Exportprämien und die Höhe der Verbrauchsabgabe erfolgt, in dritter Lesung gegen § 1 und gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Vom Abg. Fürst Dahnfeldt ist inzwischen der Antrag eingegangen, die Konsumabgabe auf 18 M. festzusetzen und bis auf Weiteres eine offene Prämie von 1,25 M. zu gewähren.

In einer befonderen Resolution werden die verbündeten Regierungen zu erneuter internationaler Verhandlung wegen Aufhebung der Zuckerprämien aufgefordert.

Abg. Dr. Witte (Hr.): Ich bin durch die Erklärung der Regierung sehr enttäuscht worden. Ich hatte eine flotte, entschiedene Erklärung erwartet, welche uns etwa zeigte, wohin man gehen müsse, um eine Mehrheit für das Gesetz zusammenzubringen. Das ist nicht geschehen; aber wieder sind die Geldbedürfnisse der Reichskasse und der Einzelstaaten betont worden, obwohl doch offiziell zugestanden ist, daß wir in den nächsten Jahren nichts brauchen. Das wir nichts brauchen, lehrt auch mehr als deutlich die neueste Ueberlicht über die Reichseinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern im abgelaufenen Etatsjahre. Für das gegenwärtige System begehrten sich dessen Anhänger mit einem wahren Fanatismus. Hat doch Herr v. Kardorff in der ersten Lesung sogar von einem Umbringen der Zuckerindustrie gesprochen! Mit solchen Ueberreibungen ist doch der Sache nicht gedient. Der Rübenbau hat seit 1887 erheblich zugenommen; das hätte nicht geschehen können, wenn der Rübenpreis gedrückt worden wäre; der Rübenpreis ist nicht gesunken, der Preis von 1 Mark ermöglicht noch ein gutes Geschäft. (Widerpruch rechts.) Von einer Schädigung der Landwirtschaft durch das Gesetz, wie es die Regierung vorgelegt hat, kann also gar keine Rede sein. Was Herr von Bennigsen über den Inlandspreis ausgeführt hat, ist sachlich unrichtig. Wir leugnen nicht, daß durch die Prämien der Weltmarkt beeinflusst und der Preis in Verbindung mit der außerordentlich gesteigerten Produktion eine erhebliche Ermäßigung erfahren hat; wenn die Zuckerproduzenten das hätten verhindern können, sie hätten es nur zu gern gethan. (Sehr gut! links.) Durch unsere Prämien haben wir den Weltmarkt demoralisirt; gesunde Zustände werden erst mit der Abschaffung der Prämien einkehren. In demselben Augenblick, wo wir Prämien und Materialsteuer abschaffen, werden die Preise auf dem Weltmarkt steigen. Darum bitten wir Sie, nehmen Sie § 1 der Vorlage an. (Beifall links.)

Abg. Graf zu Stolberg (H.): Wir sind bereit, zu einer Verständigung mitzuwirken. Ich hatte geglaubt, es würde das auf Grund einer Aenderung der Materialsteuer möglich sein, habe mich aber überzeugt, daß dieser Weg nicht gangbar ist. Ermöglicht man einfach die Materialsteuer um den Betrag der verfallenen Prämie, so schädigt man in erster Linie die ungünstig gestellten Fabriken. Es ist Niemand zu verbieten, daß er hier seinen Weizen dreist, aber der Reichstag in seiner Gesamtheit wird auch das Schicksal dieser ungünstig gestellten Fabriken sich angelegen sein lassen müssen. Wir werden, wie Herr v. Bennigsen, zunächst für den § 1 in der Hoffnung stimmen, daß auf dem Grunde der gestellten Anträge eine Majorität für die einzelnen Sätze gefunden werden wird.

Reichskanzler v. Caprivi: Aus den früheren und heutigen Aeusserungen zur Vorlage geht hervor, daß man vielfach annimmt, die Regierung habe mit ihrer Vorlage noch nicht ganz ausgesprochen, was sie beabsichtige, und glaubt sich deswegen beunruhigen zu müssen. Ich möchte vor solchen Beunruhigungen warnen; gerade dadurch, daß man die Frage immer wieder stellt, beunruhigt man. Ebenso wenig ist es rätzlich, immer wieder der Regierung die Absicht zu imputiren, daß sie die landwirtschaftlichen Interessen nicht genügend schätze, nicht sorgsam genug pflege. Durch den österreichischen Handelsvertrag ist eine Schädigung der Landwirtschaft von Seiten der Regierung nicht beabsichtigt und wird voraussichtlich durch das, was die Regierung plant, auch nicht eintreten. (Hört! rechts.) Die landwirtschaftlichen Minister Preussens wie der übrigen Staaten sind vor dem Zustandekommen der Vorlage, wie es ja selbstverständlich ist, also rechtzeitig gehört worden. Die Frage der Auswanderung liegt den verbündeten Regierungen und der preussischen Regierung sehr nahe am Herzen; sie wird alles thun, um die Auswanderung in den Grenzen zu halten, welche unserm Ackerbau lebensfähig erhalten; welche Schwierigkeiten diese Aufgabe im Osten bietet, wissen die Herren von dort wie wir. Die Vorlage kann nicht überraschend gekommen sein, denn sie ist schon unter meinem Vorgänger ausgearbeitet worden. (Hört, hört! links.) Die Regierungen sind von der Nothwendigkeit der Aenderung des bestehenden Systems überzeugt und halten daran fest. Sie halten ihre Vorlage noch für das Beste, findet sich aber für etwas der Vorlage Nahestehendes eine Mehrheit, so werden die Regierungen nach wie vor geneigt sein, in Verhandlungen zu treten. In eine feste Prämie in aeternum zu willigen, wird den verbündeten Regierungen sehr schwer sein; andererseits halte ich aber auch nicht für wahrscheinlich, daß die Regierungen wesentlich unter das von Ihnen vorgeschlagene Maß der Konsumsteuer herabgehen werden. Wir stehen vor der Nothwendigkeit, wenn auch jetzt die Finanzlage des Reiches eine günstige ist, dem Reich in seinem eigenen Interesse und in dem der Einzelstaaten mehr Einnahmen zu verschaffen. Wann dieser Zeitpunkt des Mehrbedürfnisses eintritt, ob schon in den nächsten zwei Jahren oder erst später, wissen wir nicht; daß er kommt, ist zweifellos. Wir brauchen Geld für die Alters- und Invalidenversicherung, für Beamtenbesoldungs-Verbesserungen, Pensionserhöhungen. Ist genug hat man ja auch hier geflagt, daß ein zu großer Theil unserer Ausgaben auf Anleihen genommen wird. Die verbündeten Regierungen haben außer diesen wirtschaftlichen und finanziellen Motiven auch das Motiv in Betracht gezogen, die wirtschaftlich schwächer gestellten zu entlasten. Wenn in diesem Jahre, was ich überaus bezogen würde, nichts zu Stande käme, würden die verbündeten Regierungen in nächsten Jahre mit derselben oder einer anderen Vorlage kommen müssen. Ich bitte, wenigstens nichts zu thun, was der Erledigung der Vorlage noch in dieser Session präjudiciren würde.

Abg. Ulrich (Soz.): Die Herren, die bis jetzt gesprochen haben, Herr von Bennigsen, Herr Graf Stolberg, Herr Fürst Dahnfeldt, sind alle persönliche Interessenten aufgetreten. Von den solofastenden Dividenden der Zuckerfabriken, welche bis zu 64 v. H. steigen, ist nirgends die Rede gewesen. Die ganze bisherige Gesetzgebung mit der Materialsteuer, einer Verständigung an den Interessen der Nation, wie heute der Staatssekretär selbst vorgegeben hat, ist nur den Grafen und Baronen, den Reichsadeligen zu Gute gekommen; es war ein Stück des Systems, welches Millionäre züchtete. Wir stimmen gegen jede Besteuerung des Zuckers und werden daher gegen § 1 stimmen.

Staatssekretär v. Malhahn: Der Vorredner hat die Materialsteuer als eine Veräußerung an dem Interesse des Landes, als eine Begünstigung der Reichen und Adligen bezeichnet, was der Vertreter der Regierungen selbst zugegeben habe. Dem muß ich einen entschiedenen Protest entgegensetzen. Ich habe ausdrücklich in der ersten Lesung anerkannt, welche Verdienste dem System der Materialsteuer zukommen, wie es auch gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung segensreich gewirkt hat. Jetzt aber treten die Folgen hervor, welche dazu nöthigen mit diesem System ein Ende zu machen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Nicht absichtlich von der Regierung, aber thatsächlich wird eine Beunruhigung über die Sicherheit des Fortbestehens der von dem Fürsten Bismarck befolgten Wirtschaftspolitik hervorgerufen, und zwar durch allerlei Vorgänge, die mit dem österreichischen Handelsvertrag in Verbindung stehen, die wir also nicht hervorgerufen haben. Es ist möglich, daß, wenn der österreichische Handelsvertrag vorliegt und die Verfügungen nicht wahr macht, die jetzt rege sind, dann die Situation wieder eine ganz andere ist. Heute kann ich für feste Prämien nicht stimmen. Herr Witte hat auszuführen versucht, daß der Zuckerrißenbau zugenommen habe und daß der Preis für den Zentner Rüben nicht gesunken sei. Das letztere ist falsch, der Preis ist ganz erheblich, von 1,80 auf 0,85 M. gesunken. Soll der Preis noch um weitere 12-14 Pf. herabgesetzt werden, so hört das Rübenbauen im Osten auf, rentabel zu sein. Uns wirft man Interessenpolitik vor; nehmen Sie nicht auch die Interessen der Börse wahr? Die Resultate der Wirtschaftspolitik der Herren Rickert und Genossen haben wir gesehen in England in der Gestalt des Untergangs der dortigen Landwirtschaft, an deren Stelle die von Ihnen auch bekämpften Latifundien getreten sind. Frankreich ist mit der Schutzpolitik ein blühendes, reiches Land geworden. Da soll man uns nicht kommen mit den Redewendungen von der nackten Interessenpolitik. Ich betrachte die weitere Ausdehnung der Zuckerindustrie nicht als ein großes nationales Unglück, wie die Herren von der Regierung. Die Sozialdemokraten wollen agitatorisch, wir wollen die Sache sachlich behandeln. (Anruhe links.) Sie haben doch gesagt, von dem Schweiß der armen Leute haben sich die Millionäre genästet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr falsch! Gerade durch die Entwicklung der Zuckerrißen-Industrie sind die Löhne für die Arbeiter erheblich gestiegen. Man hat auch die Zuckerindustrie mit einer Treibhauspflanze verglichen; eine solche Treibhauspflanze war auch das Fürstenthum Brandenburg, aus dem das Königreich Preußen geworden ist. (Heiterkeit links.)

Abg. Barth (Hr.): Die Herren Protektionisten beschwerten sich über die vielfachen Veränderungen in der Zuckersteuer-Gesetzgebung, während sie doch in den letzten zehn oder zwölf Jahren kein Jahr vorübergehen ließen, ohne an den Getreidezöllen und damit an dem Preise des täglichen Brotes dies oder jenes gründlich zu ändern. Hier, wo es einen alten Mißbrauch zu beseitigen gilt, will man Alles beim Alten lassen. Von den Steuerzahlern ist sonderbarer Weise bisher noch gar nicht die Rede gewesen. Es hat sich herausgestellt, daß die Regierung den fiskalischen Standpunkt vertritt, andere Vertreter der bisherigen Wirtschaftspolitik wieder den Standpunkt der Zuckerindustrie einnehmen. Die Vertretung des Volkes sollte aber doch weder den einen, noch den andern Standpunkt entscheidend sein lassen. Herr von Kardorff sagt, es widerspreche der Vorlage, weil er einen Einbruch in die herrschende Wirtschaftspolitik überhaupt davon befürchtet; ist das nicht nackte Interessenpolitik? (Sehr wahr! links.) Selbst im wohlverstandenen Interesse der Zuckerindustrie liegt die schnellste Abschaffung der Prämien. Alle Rücksichten können gleichzeitig gewahrt werden, wenn Sie auf den Boden unseres Antrages treten.

Staatssekretär v. Malhahn: Die augenblickliche thalpäthliche Steuerbelastung des inländischen Konsums beträgt mehr als 22 M. pro Kilogr. Mit 22 M. bliebe die Vorlage also noch etwas hinter dem bestehenden Sach zurück. Eine Ausdehnung unserer Zuckerproduktion, welche nur auf den Prämien beruht, ist nicht wünschenswerth. Wie man, wie Herr von Kardorff, in demselben Augenblick sagen kann, die Interessen des Ostens seien am meisten geschädigt, und gleichzeitig für die Beibehaltung der Materialsteuer eintreten kann, welche den besseren Gegenden in höherem Maße zu Gute kommt, das verstehe ich nicht.

Abg. Meine (Soz.): Gerade die Lage der Kleinbauern und der Arbeiter soll durch die Zuckerindustrie verbessert worden sein. Ich bedauere, dem Staatssekretär in dieser Beziehung vollständige Unkenntnis der Verhältnisse vorwerfen zu müssen. Die Kleinbauern sind von den Großgrundbesitzern ausgepresst worden. In der Provinz Sachsen sind eine Anzahl Kleinbäuerlicher Existenzen in Folge der Entwicklung der Zuckerrißenindustrie verschwunden. Die Lage der Wohlhabenden ist allerdings eine bessere, die der Arbeiter aber eine schlechtere geworden. Gerade das Proletariat der Zuckerindustrie ist in bejammernswerther Lage. Gewiss werden heute höhere Löhne gezahlt als früher; der heutige Geldlohn ist aber zu gering, um die Leute zu ernähren. In den Berichten der Gewerbe-Inspektoren ist nachgewiesen, daß in der Zuckerindustrie die Frauenarbeit und Nachtarbeit der Frauen unentbehrlich ist. Der Lohn des Arbeiters genügt nicht, um eine Familie zu ernähren. Die Frucht eines solchen Systems ist eine unheimliche Degeneration des Geschlechts.

Staatssekretär v. Malhahn: Der Vorredner hat sich selbst widerlegt. Er hat nur Verhältnisse im Auge, wo Geldlohn gezahlt wird, während in großen weiten Distrikten des Ostens glücklicher Weise Naturallohn noch besteht. Die Uebelstände, die er im Auge hat, sind mit der Entwicklung der Zuckerindustrie zur reinen Großindustrie verbunden, deren weitere Förderung und künstliche Begünstigung wir eben nicht für wünschenswerth halten. Was er vorgetragen hat, spricht nur für die Behauptung der Motive, daß unter dem bisherigen System sich Zustände entwickelt haben, welche ein Verlassen dieses Systems dringend nahe legen.

Damit schließt die Diskussion. § 1 wird mit beträchtlicher Mehrheit angenommen; dagegen stimmen die Sozialdemokraten und ein Theil der beiden Parteien der Rechten.

Die Diskussion über § 2, welcher die Höhe der Konsumabgabe festsetzt, wird bis zur Beendigung der Verathung über die technischen Vorschriften des Entwurfs und über die Kontrolle aufgeschoben.

§ 3 (Zahlungspflicht), 4 (Veräußerung), 5 und 6 (Besteuerung von der Zuckersteuer) werden ohne Debatte genehmigt, bezgl. der zweite Abschnitt „Steuerkontrolle“ §§ 7-8 en bloc auf Antrag des Abg. v. Bennigsen.

Darauf wird die Verathung abgebrochen. Da morgen Vormittag 11 Uhr allerhöchste Anordnung die Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen Generalfeldmarschall Grafen Moltke im Generalsab-Behäude stattfindet, bei welcher auch der Reichstag vertreten sein wird, soll am Dienstag keine Sitzung gehalten werden.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Verathung.)

Zur Maifeier.

Ueber die bevorstehende Maifeier liegen aus dem Ausland folgende Nachrichten vor:

Die niederösterreichische Statthalterei hat folgende Rundmachung erlassen:

Anlässlich der nach den gemachten Wahrnehmungen von einem Theile der Arbeiterschaft auch heuer geplanten demonstrationen dieser des 1. Mai wird hiermit aufmerksam gemacht, dass die Einstellung der Arbeit an einem gewöhnlichen Wochentage seitens der Arbeiter ohne Zustimmung der Arbeitgeber und ohne Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse gesetzlich unzulässig ist, da die Arbeitsleistung auf einem geschlossenen Vertrage beruht, der weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeiter einseitig und willkürlich gelöst oder eigenmächtig abgeändert werden darf. Es hätten daher alle Arbeiter, welche sich eines derartigen Kontraktbruches schuldig machen, auch die Folgen ihres gesetzwidrigen Vorgehens zu tragen und nicht nur die Bestrafung nach den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, sondern nach Umständen auch ihre gänzliche und sofortige Entlassung aus dem Arbeitsverhältnisse zu gewärtigen. (§§ 76, 82, 85 und 131 der Gewerbe-Ordnung).

Rücksichtlich der in staatlicher Verwaltung stehenden Betriebe wird an dem Standpunkte festgehalten, dass kein Anlass vorliegt, am 1. Mai, der weder ein Sonntag noch ein Feiertag ist, die Arbeit einstellen zu lassen. Es wurden demnach die betreffenden Betriebsleitungen angewiesen, den unterstehenden Arbeitern bekannt zu geben, dass es nach den bestehenden Dienstbestimmungen nicht zulässig sei, eine, sei es gänzliche, sei es theilweise Unterbrechung der Arbeit am 1. Mai zuzugestehen, und zugleich die Arbeiter in wohlmeinender Weise, aber mit Bestimmtheit darauf aufmerksam zu machen, dass dieselben für eine etwa vorkommende eigenmächtige Arbeitseinstellung selbst die Verantwortung zu tragen haben würden.

Demnach ergeht auch an die gesammte übrige Arbeiterschaft hiermit die dringende und wohlmeinende Warnung, sich in ihrem eigenen, wohlverstandenen Interesse in eine eigenmächtige Arbeitseinstellung in keiner Weise einzulassen und auch sonst jegliche Ausschreitung, welche durch strenge Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen, unter Umständen nach dem Strafgesetze, geahndet werden müsste, sorgfältig zu vermeiden. Sowie für eine strenge Handhabung der Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht seitens der Behörden Sorge getragen erscheint und insbesondere demonstrative öffentliche Aufzüge nicht gestattet werden dürfen, sind auch im Uebrigen alle Maßnahmen getroffen, um den gesetzlichen Rechten aller wirksamen Schutz zu gewähren und einer allfälligen Störung der öffentlichen Ordnung und Ruhe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Aus Ungarn liegen folgende Telegramme vor:

Pest, 25. April. Auf die Ankündigung, dass ein Theil der Arbeiter am 1. Mai einen gemeinsamen Umzug und eine allgemeine Versammlung beabsichtigen, verbot der Ober-Stadthauptmann auf Grund einer allgemeinen Verordnung der Regierung Arbeiterumzüge, Kundgebungen und Versammlungen. Die Verordnung des Ober-Stadthauptmanns fügt hinzu, dass die bekannten Arbeiterführer für jede Agitation gegen das Verbot sowie für jeden Versuch, der ein gewaltsames Einschreiten nöthig macht, zur Verantwortung gezogen werden.

Pest, 26. April. Die Wahlbesitzer und die Inhaber größerer Druckereien haben beschlossen, ihren Arbeitern die Einstellung der Arbeit am 1. Mai nicht zu gestatten und die Zuwiderhandelnden als unrechtmäßig ausgetreten zu betrachten.

Aus Frankreich wird telegraphirt:

Paris, 27. April. In ganzem Lande wurden gestern Versammlungen abgehalten, in denen über die Maifeier verhandelt wurde. — In Paris beschlossen die Rutscher, am 1. Mai zu feiern. In Lille beschloss eine von 4000 Personen besuchte Versammlung, das Programm Guesdes anzunehmen. Auch in Bordeaux fanden mehrere zahlreich besuchte Versammlungen statt.

Arras, 26. April. Der Sekretär des Grubenarbeiterverbandes von Pas de Calais Lamedun hat ein Rundschreiben an die Delegirten der Syndikate geschickt, in welchem die Grubenarbeiter aufgefordert werden, bei der Kundgebung am 1. Mai den friedlichen Charakter derselben zu bewahren. Am darauffolgenden Tage müssten Alle die Arbeit wieder aufnehmen, sie dürften Agents provocateurs kein Gehör schenken, die versuchen würden, sie zur Arbeitseinstellung oder zu Gewaltthätigkeiten aufzureizen.

Bordeaux, 26. April. Das Sozialisten-Komitee ladet in einem Manifest sämtliche Einwohner ein, die Delegirten am 1. Mai in ihren Schritten bei den Behörden zu unterstützen.

Zahlreich sind auch die aus Italien eingetroffenen Meldungen. Wir geben die wichtigsten wieder:

Rom, 25. April. Deputirtenkammer. Auf eine Interpellation Agnini's erklärte der Minister des Innern, die betreffende Erkennung vom 23. d. angeordneten Untersuchungen berechtigen keineswegs zu der Annahme, dass das Unglück nicht durch eine zufällige Ursache veranlasst worden sei. Die Ermittlungen würden fortgesetzt werden; er gebe sich der Hoffnung hin, dass durch dieselben jede verbrecherische Ursache als völlig ausgeschlossen erscheinen würde. Der Kriegsminister Pelloux bestätigte die Erklärungen Nicotera's. Der Interpellant Agnini spricht seine Befriedigung über die ministeriellen Erklärungen aus und hofft, dass dieselben alle für die Arbeiterpartei beleidigenden Gerüchte und Zweifel, die vielleicht Anlass zu ungeschicklichen Maßnahmen der Regierung gegen die am 1. Mai beabsichtigten Kundgebungen hätten geben können, beseitigen werden. Der Minister des Innern, Nicotera, erklärte, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um die Leiden der Arbeiter zu lindern, sie werde aber denjenigen Widerstand leisten, welche die Gesellschaft beunruhigen und die bestehenden Einrichtungen umstürzen wollten. Möge man wissen, dass die Regierung sich nie in Verhandlungen mit solchen Arbeitern einlassen werde.

Rom, 27. April. Die in dem maginistischen Organ „Emancipazione“ veröffentlichten, von den Häuptern der gemäßigten Sozialdemokraten unterschriebenen, übrigens zähen Aufsätze an die Arbeiter, den 1. Mai durch öffentliche Kundgebungen zu begehen, wurden beschlagnahmt. — In Neapel und Turin wurden dreißig Anarchisten verhaftet.

Rom, 26. April. Seit mehreren Tagen gehen Gerüchte um, welche besonders von ausländischen Blättern verbreitet werden, monach in Italien für den 1. Mai schwere Unordnungen bevorstehen. Das Haupt der italienischen Anarchisten Cipriani hat heute mehreren Personen erklärt, er und seine Freunde wollten alles auf friedlichem Wege anstreben. Aber selbst wenn die Stimmung der Anarchisten eine kriegerische wäre, würden sie dennoch nichts ausrichten. In Italien gebe es Sozialdemokraten, aber sogenannte Anarchisten keine. Der 1. Mai werde ruhig verlaufen in Italien, wie wahrscheinlich überall.

Aus Spanien liegt folgende Depesche vor:

Madrid, 27. April. Gestern fanden in Madrid, Barcelona, Bilbao, Sevilla, Saragossa, Valencia, Valladolid Versammlungen statt, welche sich mit der Frage der Maifeier beschäftigten. Man sprach sich übereinstimmend gegen einen Generalstreik, zu Gunsten von friedfertigen Kundgebungen aus, wie sie durch ministerielles Rundschreiben gestattet worden sind.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Kaiserölantern, 24. April. Vor Kurzem theilten wir mit, dass der Stadtrat von Kaiserölantern einstimmig den Umzug am 8. Mai er. gestattet habe.

Demgegenüber hat das Bezirksamt, datirt vom 24. April, wie folgt entschieden:

Der Buchhalter Alexander Rapp dahier, als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei, hat hieran ein Programm für die am 8. Mai nächsthin stattfindende Maifeier vorgelegt und um Genehmigung desselben nachgesucht. Nach diesem Programm soll an genanntem Tage u. a. Nachmittags 1 Uhr ein Auszug nach dem Engelsdörfel mit Musik unter Vertheilung des sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereins mit Vereinsfahne und den dazu gehörigen Schärpen für den Fahnenträger und die beiden Fahnenjunker, ferner des Arbeiterwahlvereins und des sozialdemokratischen Arbeitervereins „Vorwärts“ stattfinden. Der projektirte Zug soll seinen Weg zum und vom Engelsdörfel durch verschiedene Straßen der Stadt nehmen. Dieser Zug stellt sich zweifelslos als öffentlicher Aufzug im Sinne des Artikel 4 des Vereinsgesetzes vom 26. Februar 1880 dar.

Der Stadtrat, gemäß Artikel 4 des Vereinsgesetzes und Jiffer 1 ff. der hierzu erlassenen Vollzugsinstruktion zur Sache einvernommen, hat mit Beschluss vom 17. April laufenden Jahres seine Zustimmung zu dem beabsichtigten Umzug ertheilt und des Weiteren beschlossen, die Bestimmungen wegen des Ausschlusses der jugendlichen Personen von dieser Veranstaltung und die sonstigen geeigneten Maßnahmen dem kgl. Bezirksamte anheimzugeben.

Der Umzug hat neben den anderen für den 3. Mai projektirten Veranstaltungen die Feier des 1. Mai im Sinne der sozialdemokratischen Partei zum Gegenstande.

Diese Feier soll eine Kundgebung für das „Arbeiterrecht“ bilden und hauptsächlich eine Demonstration für den achtundzwanzigsten Märztag abgeben. Da bei der planmäßigen Verbreitung derartiger Kundgebungen in allen Orten mit Arbeiterbevölkerung die Verhütung besteht, dass dieselben, insbesondere sofern sie in der Form von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder wie vorwiegend von öffentlichen Aufzügen beabsichtigt sind, mit Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verbunden sind, so muss gemäß Artikel 4 des Vereinsgesetzes vom 26. Februar 1880 und Jiffer 7 ff. der hierzu erlassenen Vollzugsinstruktion vom 3. März 1880 die distriktpolizeiliche Genehmigung zu dem beabsichtigten öffentlichen Aufzuge am 3. Mai nächsthin verweigert werden.

Königliches Bezirksamt.

ges. Schmitt.

Wunderbares Verbot des Bezirksamts! Sollte man da nicht mit Recht behaupten dürfen, dass das jüngst erlassene Sozialistengesetz immer seine Schatten wirft, dass noch immer selbst höhere Beamtenkreise unter dem Einflusse dieses Verdictes leiden? Weis denn das Bezirksamt nicht, dass nach dem Wegfalle des Sozialistengesetzes es keine Bürger 2. Klasse giebt? Warum erlaubt sie den Seemannsrummel, warum vor Kurzem den feierlichen Empfang des von München dekorirt zurückkehrenden Bürgermeisters? Sind dies keine öffentlichen Aufzüge im Sinne des Artikel 4 des Vereinsgesetzes? Waren dieselben etwa nicht dazu angethan die öffentliche Ordnung zu stören? Wir glauben weit eher, wie das unschuldige Vergnügen, welches wir beabsichtigen. Wenn aber das Bezirksamt derartige Aufzüge gestattete, so müsste es konsequenter Weise auch den unsrigen gestatten. Wir werden wegen dieses Vorgehens Beschwerde erheben, die allerdings für den 3. Mai nicht mehr machbar sein wird.

Interessant ist übrigens, in wie weit das Bezirksamt das Vereinsgesetz selbst, das sie gegen uns anwendet, beachtet.

Das Gesetz um Genehmigung wurde am Montag, den 20. d. M., dem Bezirksamt überbracht und befragt der ominöse Artikel 4, den das Bezirksamt gegen uns gebraucht, an seinem Schlusse: „... und sodann die Genehmigung der Distriktpolizeibehörde nachzusuchen, welche den Bescheid möglichst schnell und spätestens am folgenden Tage schriftlich zu ertheilen hat.“ Der Bescheid kam aber erst am 24. d. M., also volle drei Tage später.

Vom Rhein, 25. April. Auf Grund einschlägiger Paragraphen des badischen Vereinsgesetzes und Polizei-Strafgesetzes verbot das Mannheimer Bezirksamt einen für den 3. Mai projektirten Umzug, gestattete dagegen die Abhaltung eines Volksfestes im Freien mit Tanz.

Frankfurt a. M., 26. April. Zur Maifeier sind am Abend des 1. Mai drei große Versammlungen hier geplant. Um Ueberfüllung des einen Hofes und schwachen Besuch eines anderen zu vermeiden, sind die Besucher angewiesen, nach Werkstätten sich auf die einzelnen Säle zu vertheilen. Für den 3. Mai ist ein großes öffentliches Volksfest in Aussicht genommen, das im Walde abgehalten werden soll. Die Festtheilnehmer versammeln sich auf dem Rohmarkt, um in einem Zug mit Musik und Fahnen sich nach dem Festplatz zu begeben.

München, 26. April. Die Polizeidirektion hat den für Sonntag, den 3. Mai, projektirten Festumzug der Sozialdemokraten verboten.

Lokales.

Privatwohltätigkeit und Armenpflege bilden neben der „Sozialreform“ die Hauptthemen der sozialen Schaben der heutigen modernen Gesellschaft. Der Umfang der Privatwohltätigkeit wie der Armenpflege gestattet eine annähernde Schlussfolgerung auf die sozialen Verhältnisse. Speziell für Berlin giebt hierüber einen interessanten Aufschluss die vom Rechtsanwalt Bernhard Breslau verfasste Broschüre: „Die Organisation der Privatwohltätigkeit in Berlin“, der wir folgende Angaben entnehmen:

Es bestanden im Jahre 1890 in Berlin nicht weniger als 375 Stiftungen, 22 Frauenvereine, 4 Blindenvereine, 26 Kranken- und Gesundheitspflegevereine, 29 Landmannschaften, 70 Unterhaltungsvereine verschiedener Art und Tendenz, abgesehen von 42 religiösen Vereinen und einer Anzahl anderer Vereine, welche die Unterstützung bestimmter Gesellschaftsklassen oder ihrer Vereinsmitglieder als Nebenzwed betreiben.

Soweit bei den Stiftungen das Vermögen derselben mit aufgeführt ist, besitzt sich dasselbe auf 22 745 981 M. Kapital und außerdem jährliche Vertheilungs-Renten von 34 929 M., im ganzen sonach auf eine Summe von weit über 23 1/2 Millionen; hierzu käme noch das Vermögen derjenigen Stiftungen, deren Vermögen nicht angegeben ist, und das sehr beträchtliche Vermögen der zahlreichen Wohltätigkeitsvereine.

Betrachtet man sich nur diese ganz allgemeinen Angaben, so muss man schon hiernach zu der Ueberzeugung kommen, dass mindestens etwas faul ist im Staate Dänemark und doch in Berlin doch ein ganz erheblicher Nothstand vorhanden sein muss! Das Vermögen aller dieser Vereine und Stiftungen zusammen genommen bildet ein ganz enormes Kapital, und doch sehen sich diese Vermögen zum größten Theile nur zusammen aus Bruchtheilen des Ueberschusses bevorzugter Gesellschaftsklassen. Von diesen also zusammengeführten Vermögen werden wiederum nur, abgesehen von den laufenden Beiträgen u., höchstens die Zinsen verwendet, um Einzelnen eine momentane „Wohltat“ anzudeuten zu lassen, denselben momentan die Misere des Daseins ein wenig

zu erleichtern! Hieraus erhellt zur Genüge der Werth der Privatwohltätigkeit. Wie einflusslos die Privatwohltätigkeit ist, beweist die entsetzliche Zunahme der Armen in Berlin, welche man am besten an einer in der gedachten Broschüre zitierten Zusammenstellung Böhmert's erkennen kann. Dort heißt es:

Ein Vergleich der Resultate der Armenverwaltung im Jahre 1884/85 mit den Verhältnissen vor 10 1/4 Jahren zeigt, dass während die Jüdischen Bevölkerung um 37,2 pCt. gewachsen ist, sich die Zahl der Almosenempfänger um 83,1 pCt., der an diese gezahlte Betrag um 84,7 pCt., die Zahl der Pflegekinder um 16,7 pCt., die Zahl der Extra-Unterstützten um 128,8 pCt., und der Betrag derselben um 121,2 pCt. erhöht hat.

Das ist deutlich genug und an diesen sich immer mehr verschärfenden Verhältnissen wird auch die geplante „Organisation der Privatwohltätigkeit in Berlin“ nicht ändern. Aendern und bessern werden nur die Organisationen der denkenden Arbeiter, welche Zustände erstreben und denselben vorarbeiten, die Privatwohltätigkeit, Armenpflege und Sozialreform überflüssig machen.

Für die Auswanderung nach Brasilien geht trotz aller Maßregeln der Behörden eine äußerst geschickte Agitation der brasilianischen Interessenten noch immer vor sich. — Vor einiger Zeit wandte sich ein hiesiger Zigarrenmacher an eine Zigarrenfabrik in Joinville, im Staate Santa Katharina in Brasilien mit der Anfrage, ob dort Arbeit zu bekommen wäre und wie es sich mit den Nachrichten verhielte, die hier über das Misgeschick der deutschen Auswanderer in Brasilien verbreitet sind. Darauf erhielt er umgehend folgende briefliche Mittheilung:

Joinville, S. Catha, Brasil, 12. März 1891.

Herrn Wilhelm Brennemann, Berlin!

Antwortlich Ihres Briefes vom 30./1. wird über Brasilien so viel blödsinniges Zeug geschrieben, dass man nicht weiß, wer blümmert ist, der's schreibt oder der's glaubt; in unserem Staate allein wohnen 60 000 Deutsche, denen es gut geht, natürlich muss ein Jeder in seinem Geschäfte arbeiten.

Wickelmacher können wir auch gebrauchen. Schreiben Sie uns umgehend die Namen der Zigarrenmacher, ob ledig oder verheiratet, und wie viele Kinder, wer es eilig hat, kann sich auch gleich selber an den Agenten in Lissabon wenden wegen einer Freiparte. Es grüßen

Schneider u. Ko.

Wer zufällig Formen hat, kann sie mitbringen. Dem Schreiben war folgendes Zirkular beigelegt: Die Zigarrenfabrik von Schneider u. Ko. in Joinville im Staate Santa Katharina, am Hafen Sao Francisco do Sul, Vereinigte Staaten von Brasilien, nimmt jeder Zeit tüchtige und gut geschulte Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen, Koller und Wicker auf bessere Formen oder Handarbeit.

Der Arbeitslohn ist 10 bis 20 M. pro Tausend und ein noch höherer nicht ausgeschlossen. Arbeitszeit 8 Stunden oder, nach Belieben, auch länger.

Die Bevölkerung von Joinville, auch sämtliche hiesige Zigarrenmacher sind Deutsche; das Klima nahe an der See ist gesund und vor allem ohne Winter.

Der Lebensunterhalt ist wohlfeil, Rindfleisch kostet das Kilo 50 Pf., eine Familienwohnung ist schon für 10—12 M. pro Monat erhältlich.

Wer in dieser Fabrik Arbeit zu nehmen beabsichtigt, wende sich an Herrn José dos Santos in Lissabon, Braga dos Romulared Nr. 4, welcher Freipartien an Einzeln oder Familien von Bremen oder Antwerpen bis nach unserem Hafen Sao Francisco do Sul im Staate Santa Katharina verabfolgt.

Die freie Ueberfahrt ist lediglich als Geschenk der brasilianischen Regierung anzusehen und verpflichtet den Auswanderer zu keinerlei Gegenleistung.

Die in deutschen Zeitungen erscheinenden missglückten Nachrichten über Brasilien beruhen entweder auf Gerüchten oder lächerlicher Unkenntnis, und ist auch trotz jener die deutsche Einwanderung stetig im Zunehmen begriffen.

Da wir nicht wissen, ob Bevorzugungen bei Ertheilung der Freipartien stattfinden, so empfiehlt sich die Anmeldung in Lissabon als Landarbeiter oder Handwerker.

Respektirende sind jetzt und später willkommen, nur ist es nöthig, uns von dem gefassten Entschlusse, Arbeit zu nehmen, als bald in Kenntniss zu setzen.

Adresse: Herren Schneider u. Ko.

Joinville, Brasil.

Es folgt dann noch eine Anweisung für die Vorseherungen zur Reise. — Es wäre vielleicht vorzuziehen, wenn man vor dieser Einladung von Tabakarbeiterinnen warnen wollte, ohne den Nachweis erbringen zu können, dass es auf eine Ausbeutung der Leute abgesehen ist. Allein einmal ist das Geschenk der brasilianischen Regierung verdächtig genug und dann wird die ausdeutende Absicht sehr klar durch den Namen des berechtigten Agenten in Lissabon: José de Santos! Es ist dies derselbe, den wir bereits neulich in unserem Artikel über die nach Brasilien verlockten lässlichen Auswanderer nannten. — Dieser ehrenwerte Menschenhändler ist jedenfalls über allen Zweifel erhaben. Die brasilianischen Behörden haben diesen Mann den damaligen Betrogenen gegenüber für einen Schwindler erklärt. Ist dieser Schwindler denn gar nicht zu sassen? Andere Sicherheits-Behörden haben doch augenblicklich keine Geheimbunds- oder sonstige Sozialistenprojekte anzuklagen; da wäre doch Herr José de Santos vielleicht ein ganz dankbares Objekt.

Befugigungsprojekte und kein Ende. Es ist ganz erstaunlich, was für Unternehmungen ausgedacht werden, um den Arbeitern die Segnungen menschenwürdiger Wohngelegenheit zu Theil werden zu lassen. Kaum ist ein solches Projekt dem Zustand des Urscheins entrückt, so taucht auch schon ein neues, natürlich stets das einzig wahre, auf, eine förmliche Hochfluth von Arbeiterbefugigungsprojekten! Von den Bestrebungen einer Kapitalistenvereinigung zwecks der Delogirung der Berliner Arbeiter nach der Umgebung der Stadt, sowie von dem famosen Projekt des Herr Wohlgenuth haben wir schon Notiz genommen. Sind die bisherigen Projekte aber schon Ausgeburten einer fahnen Phantasie, so werden es die nachfolgenden immer mehr. Die Idee, Hypotheken durch Lebensversicherungspolice zu decken, eine Idee, welche schon seit Jahrzehnten in der Welt herumspukete, immer in ihr Nichts zurückfiel und trotzdem immer wieder aufgenommen wurde, spielt dabei eine Hauptrolle. Die Deutsche Volks-Baugesellschaft, welche nach ihrer Versicherung die Protektion hochbetrunder Personen genießt und welche diese Idee der Policendeckung zur Grundlage hat, soll bereits daran sein, ihr Projekt zu verwirklichen. Das andere Projekt, das erst vor Kurzem das Licht der Welt erblickt hat, bezweckt, das ganze Quadratmeilen umfassende Land, das zwischen den in den Aufsen begrenzten einmündenden Eisenbahnen gelegen und für Ackerbau zwecks untauglich ist, mit Ein-Familienhäusern zu kolonisieren. Der Preis eines solchen Hauses soll 2500 Mark inklusive Boden u. betragen und das Haus selbst an Arbeiter gegen ein Zwölftel des Kaufpreises und weitere Verzinsung und Amortisation von jährlich ca. 200—300 Mark überlassen werden. Darnach würde schon nach 17 Jahren die Kaufsumme abgetragen sein. Von diesem großartigen Projekt scheint man sich viel zu versprechen. Die Herren Unternehmer übersehen nur, dass die Arbeiter selbst beim vorhandenen Willen, die Gärten draußen zu bewässern, daran verhindert werden durch den Umstand, dass ihnen und noch mehr ihren Familiengliedern die Möglichkeit entzogen wird, sich die ohnehin schwer aufzutreibende mannigfache Erwerbthätigkeit in der Stadt zu suchen. Auch müssen alle derartigen Spekulationen an der Höhe der regelmäßigen Jahresleistungen scheitern, die die Arbeiter bei den heutigen Erwerbsverhältnissen nicht übernehmen können.

In Schleswig-Polstein hat sich sogar ein Provinzialverein

gegründet, welcher der verderblichen Agitation der Sozialdemokraten durch Erwerbung gesunder Arbeiterwohnungen und Ueberlassung derselben an die Arbeiter (zu welchen Bedingungen?) entgegenzutreten will. Die Kreisvereine sollen baldmöglichst nach dieser Richtung vorgehen und ihre Direktion von der Zentralleitung des Provinzialvereins erhalten.

Die Projekte werden, wie man sieht, immer phantastischer und entfernen sich immer mehr von der realen Grundlage. Das Entdecken von Heilmitteln gegen soziale Schäden hat so lange keinen Werth, als man die Natur der Krankheit nicht erkannt haben wird.

Unglücksfälle bei Baubrücken. Mit der in jedem Frühjahr wieder beginnenden Abbruchperiode sind auch leider zahlreiche Unglücksfälle eine beständige Begleiterscheinung. Von Zeit zu Zeit enthält der Polizeibericht eine Reihe von Unglücksfällen. Des Einschreitens der Polizei wird Erwähnung gethan, in der Regel jedoch verläutet kein Wort über die wahren Ursachen, welche die Unglücksfälle herbeigeführt. Die Spekulationswuth ist wohl auch hier der einzige ursächliche Faktor. Es hat sich eine Spezialität von Abbruchunternehmern gebildet, von denen die Preise für die abzubrechenden Häuser in die Höhe getrieben werden. Es ist das Bestreben dieser Leute dahin gerichtet, in möglichst kurzer Zeit recht viel zu verdienen und werden also solche Abbrüche möglichst beschleunigt, wobei dann jede Rücksicht auf die für die Arbeiter so häufig entstehenden Gefahren schwindet.

Die Unfallverhütungs-Vorschriften sehen für diese Herren Unternehmer nur auf dem Papier. So schreibt z. B. eine Bestimmung der Unfallverhütungs-Vorschriften vor, daß die Steine, welche dem mittelst Hanteln aus der Höhe heruntergelassen werden, unten nicht mit der Hand, sondern mittelst eines Werkzeuges beseitigt werden müssen. Diese Vorschrift wird jedoch nirgends respektiert aus dem einfachen Grunde, weil es sonst zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Aus der Vernachlässigung dieser Vorschrift rühren nun zahlreiche Verletzungen her, die von geringerer Erheblichkeit, doch den betroffenen Arbeiter stets auf einige Zeit beschäftigungslos machen. Eine andere Bestimmung geht dahin, daß bei Abtragung der Wände ein Tau nicht in Anwendung gebracht werden darf, sondern die Wände Schicht um Schicht mittelst der Hacke abgenommen werden sollen. Es wird aber in den frühen Morgenstunden, wenn die Herren Unternehmer noch schlafen und zufällig auch kein Auge des Geseges in der Nähe wacht, diese Regel nicht beachtet, sondern es werden die Wände mittelst Laues nach innen eingerissen, wobei durch den kräftigen Fall die Balkenlage des darunter liegenden Geschosses erschüttert, die Decke übermäßig belastet und so gewöhnlich Deckendurchbrüche herbeigeführt werden. Diese Art der Abbrucharbeit ist allerdings weniger zeitraubend, fesselt billiger und profitbringender für den Unternehmer, aber auch gefährlicher für den dabei thätigen Arbeiter. Die angeführten Thatsachen sind öffentliches Geheimnis und es wäre wohl zu wünschen, daß bei den Abbrüchen den Herren Unternehmern strenger dabei auf die Finger gesehen wird, daß die Unfallverhütungs-Vorschriften auch Beachtung finden.

Mit knapper Noth dem Tode entronnen ist der Lustschiffer Grant, welcher am letzten Sonntag wieder von der Charlottenburger Flora mit seinem Doppelballon aufstieg. Unweit des Spandauer Berges, dicht hinter den Schießständen der Militär-Schießschule, gerieth der Lustschiffer gegen 7 Uhr Abends mit dem Lustschiff in die Baumkrone des Grünwaldes. Er bewahrte sich vor dem Absturz nur dadurch, daß er sich krampfhaft an die Säure festklammerte, in welche er sich späterhin derart vernickelte, daß er nicht im Stande war, sich aus der Umfirdung zu lösen und nun zwischen Himmel und Erde schwebte. Die Unglücksfahrt war aber von zahlreichen Menschen beobachtet worden, welche zur Stelle eilten. Ein zwanzig Soldaten der Spandauer Garnison brachten dem Verunglückten Hilfe. Sie befreiten ihn mit eigener Lebensgefahr aus seiner kritischen Lage und mußten ihn mit Gewalt aus der Umfirdung der Säure reißen. Hierbei wurde dem Unglücklichen der Daumen der rechten Hand buchstäblich abgedreht. Die Soldaten trugen den zum Tode erschöpften und vielfach verwundeten Lustschiffer nach der Kaserne der Militär-Schießschule, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zu Theil wurde. Der Zwillingballon sah noch am heutigen Vormittag an den Bäumen fest.

Eine der gefährlichsten Individuen, welche jemals ein Zuchthaus beherbergt hat, ist vor kurzer Zeit aus der Strafanstalt in Wehlheiden in die Irrenstation des Moabiters Zellengefängnisses überführt worden. Vor etwa 6 Jahren machte hier der Schreiber Krüger der Polizei vielfach zu schaffen. Er hatte hier wiederholt schwere Einbrüche verübt, wußte sich aber der Strafe dadurch zu entziehen, daß er bei seiner Festnahme mit Erfolg den wilden Mann spielte, für irrsinnig erklärt wurde und in der städtischen Irrenanstalt zu Dalldorf Aufnahme fand. Aus dieser brach er aus, wurde jedoch wieder ergriffen und dorthin zurückgeführt. R. unternahm einen zweiten Fluchtversuch, welcher ihn in die Rheinprovinz entkommen ließ. Hier wanderte er in Begleitung seiner Braut, welche sein Entweichen aus der Anstalt unterstützt und ihn von Berlin aus begleitet hatte, von Ort zu Ort und führte zahlreiche, bedeutende Silberdiebstähle aus. Wie einträglich dies „Geschäft“ gewesen sein muß, erhellte die Thatsache, daß bei seiner Festnahme, welche während einer Lustfahrt auf dem Rhein an Bord eines Schiffes erfolgte, ein Schein in seinem Besitz vorgefunden wurde, ausweislich dessen er das nette Säckchen von 60 000 M. bei einer Bank auf seinen Namen hinterlegt hatte. R., welcher als geistesgestört nun nicht mehr angesehen werden konnte, wurde mit der höchsten zeitigen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus bestraft und nach der Strafanstalt in Kassel abgeführt. Etwa sechs Monate nach seiner Einlieferung übersiel er dort einen „Kassafaktor“, welcher eine gefüllte Petroleumkanne trug, goß den Inhalt schleunigst in seiner Hölle aus und steckte diese mit Hilfe eines dem Ofen entnommenen Feuerbrands an. Die Flammen griffen derart schnell um sich, daß die Anstalt zum großen Theil eingeschlossen wurde und zwei Straflinge dabei ihr Leben einbüßten. Krüger, welcher von dort in das Zuchthaus Wehlheiden geschleppt transportiert wurde, griff im Hinblick auf die ihn erwartende neue Strafe auf sein altes Mittel, den Irrenstationen zu spielen, wieder zurück, und zwar mit einem solchen Erfolg, daß ärztlicherseits die schärfste Beobachtung seines geistigen Zustands für geboten erachtet, und er nunmehr nach Berlin gebracht wurde. Hier befindet sich im Moabiters Zellengefängnis die sogenannte Beobachtungsstation, welcher alle Zuchthausgefangenen der Monarchie überwiesen werden, an denen sich Spuren von Irrenn zeigen. Wie nun auch die Entscheidung ausfallen möge, soviel steht fest, daß Krüger entweder im Zuchthaus oder in der Irrenanstalt sein Leben beschließen wird. — Auf derselben Station befinden sich zur Zeit 8 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilte Personen.

Haubanfall. Ueber einen Sonntag früh verübten Haubanfall wird uns berichtet: Der Arbeiter R. wußte früh um vier Uhr, aus einem Tanzlokal kommend, die Kottbuser Brücke. Schon vorher war er von fünf Strocheln, die ihn verfolgten, um gehu Pfennige angebettelt worden, und R. hatte das Geld aus Furcht vor Thätlichkeiten auch hergegeben. Die Strocheln verfolgten ihn jedoch weiter und forderten nun erneut Geld für Schnaps. Als R. erklärte, kein Geld mehr bei sich zu haben, verlangten sie, sein Portemonnaie zu sehen. R. hatte die Geldtasche, sein Portemonnaie mit fünfzähndertzig Mark Inhalt aus der Tasche des Bekleidetes unbemerkt in das Futter des Ueberziehers gleiten zu lassen. Gleich darauf wurde er gefaßt und durch Vorstellen des Weines zu Fall gebracht. Einer der Angreifer suchte in seinen Hosentaschen, ein zweites trat ihm mit dem Stiefel ins Gesicht und schenkte ein drittes suchte ihm die Uhr zu entwenden, konnte aber nur die Kette und das daran befindliche Medaillon loszureißen. In diesem Augenblicke näherten sich zwei Fußgänger, und die Räuber ergriffen die Flucht. Sie wurden von den beiden hingu-

gekommenen Personen, einem Kellner und einem Wächter, verfolgt; es gelang jedoch nur, den einen von ihnen, denjenigen, der dem R. den Fußtritt verfehlt hatte, zu ergreifen und dingfest zu machen. Der Verhaftete ist der Person mehrfach bestrafte „Arbeiter“ Otto Schürmann. Er befreit vorerst jede Schuld und war nicht dazu zu bewegen, seine Komplizen anzugeben. Er will friedlich seines Weges dahergekommen sein und kann erst in die Schlägerei verwickelt worden sein; dagegen konnte R. den Schürmann als einen der Räuber mit Bestimmtheit rekonstruieren.

Wer ist der fremde Herr? Es wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß bei solchen Parteigenossen, die eine hervorragende Rolle in der Arbeiterbewegung spielen, sich öfter ein fremder Herr einfindet, der allerlei über Vereinsangelegenheiten, Vereinskorrespondenz und andere ähnliche Dinge zu erfahren wünscht. So war erst kürzlich wieder ein solcher Herr bei einem Vorstandsmitgliede des allgemeinen deutschen Sattlervereins, wo er Papiere, die sich auf die gewerkschaftliche Bewegung beziehen, zu erhalten wünschte. Da nun die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß dieser Herr Beziehungen zur Polizei unterhält, vielleicht gar Beamter ist, so liegt für keinen der Genossen ein Grund vor, gegen diesen Herrn besonders gefällig zu sein. Die Arbeiter können sich der Gefälligkeit oder Nachsicht seitens der Polizei wahrhaftig nicht rühmen. Die Strafrechtliche der letzten Zeit haben genugsam dargethan, in welchem Geiste die Ueberwachung vieler Versammlungen erfolgt. Es mag deshalb gewissen neugierigen Herren, die jerner Beziehungen zu den Arbeiterführern anzufragen wünschen, gerathen sein, den persönlichen Verkehr mit denselben nicht zu versuchen, da sie sonst recht unliebsame Erfahrungen machen könnten.

In der 66. Gemeindefschule wird der Gesangunterricht den Kindern der Klassen 1a und 1b, welche, wie wir kürzlich mittheilten, bisher in einem einzigen Klassenzimmer zusammengepackt wurden, jetzt in der Aula erteilt. Zu diesem Zweck hat eine Aenderung des Stundenplans vorgenommen werden müssen. Als Ursache des von uns und der größten und nunmehr befristeten Mitschüler wird uns der beinahe unglückliche Umstand bezeugt, daß die Aula bisher von einer überfüllten Klasse der Unterstufe besetzt gehalten worden ist, welche nicht etwa nur im Gesang, sondern auch in anderen Fächern dort unterrichtet wurde.

Genosse Carl Gabbert hatte sich an das hiesige Polizeipräsidium gewandt mit dem Ersuchen, ihm die Erlaubnis zur Abhaltung eines öffentlichen Aufzuges am 8. Mai zu erteilen. Hierzu ist ihm am 23. d. M. vom Polizeipräsidium folgender Bescheid zugegangen:

„Euer Wohlgeboren erwidert das Polizeipräsidium auf das Schreiben vom 22. d. M. ergeben, daß dem Antrage zur Abhaltung eines am Sonntag, den 8. Mai d. J., Nachmittags 1 Uhr geplanten Festzuges aus verkehrs- und ordnungspolizeilichen Gründen nicht stattgegeben werden kann. Königliches Polizeipräsidium, Abteilung II. Name unleserlich.“

Die Lokalkommission von Adlershof bringt die Namen der Lokalsänger zur öffentlichen Kenntniss, welche sich weigern, ihre Säle zu Versammlungen herzugeben oder die Parteiblätter auszuliefern. Es sind: Wiebmann und Manofski, Leopold, Stippelholz, Pech, Abrecht und Schwabe.

Der „Vormärts“ liegt aus bei Raule und Misserer. — Ferner machen wir bekannt, daß die Genossen von Adlershof beschlossen haben, sich an dem am Sonntag in Friedrichshagen stattfindenden Maiestieg zu beteiligen. Der Abmarsch ist 9 Uhr Vormittags vom Bahnhof. Wir ersuchen die Genossen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. J. R. der Lokalkommission. Oscar Bartels.

Achtung, Genossen! Und geht Folgendes zur Veröffentlichung zu: Allen Beteiligten zur Kenntniss, daß es uns trotz allen Bemühungen nicht gelungen, von der Bahndirektion günstigere Fahrbedingungen resp. die Einstellung eines Extrazuges für die Fahrt nach Straußberg am 8. Mai zu erlangen; wir sind deshalb gezwungen, mit dem am 6 Uhr 10 Min. Morgens vom Schleifischen Bahnhof und 6 Uhr 15 Min. von Straußberg abgehenden Vorortzug mit Benutzung der Arbeiter-Zugbillets à 60 Pf. zu fahren und ersuchen wir die Genossen, mindestens 15 Minuten vor der Abfahrt entweder auf dem Schleifischen Bahnhof oder in Straußberg zu erscheinen, um den Umtausch der ausgegebenen Karten gegen Fahrkarten bewerkstelligen zu können. Das Festkomitee.

Die Genossen von Oranienburg machen bekannt, daß sie hier in Oranienburg kein Lokal zu Versammlungen bekommen. Nur in Sandhausen bei Oranienburg giebt Herr Richard Dalz sein Lokal her.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Vormittags wurde im Domänenstädtischen Kanal am Engel-Ufer die bereits stark verweste Leiche einer unbekanntes Frauenperson angefahren und demnach nach dem Schauhaufe geschafft. — An der Kreuzung der Chaussees und Invalidenstrasse wurde Mittags ein Arbeiter von einem Geschäftswagen überfahren und erlitt dabei eine anscheinend bedeutende Quetschung des Fußes, so daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Chausseestr. 3 verunglückte auf die gleiche Weise Abends die unverheiratete Krüger, indem sie von einer Drochle überfahren wurde. Sie erlitt einen Bruch des Fußes und mußte nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden. — Abends sprang eine unbekanntes, etwa 30 Jahre alte Frauenperson in selbstmörderischer Absicht von der Alsenbrücke aus ins Wasser, wurde aber von dem Ruffischer Müller noch lebend aus dem Wasser gezogen und demnach nach der Charité gebracht. — Vor dem Hause Gartenstrasse Nr. 161 fiel zu derselben Zeit ein Arbeiter angeblich infolge eines Ohnmachtsanfalles auf den Bürgersteig nieder und erlitt dabei eine bedeutende Verletzung am Kopf. Er wurde nach der Sanitätsstation in der Eichendorffstrasse und dann in seine Wohnung gebracht. — Auf dem Perron des Bahnhofes Alexanderplatz verstarb in der Nacht zum 26. d. plötzlich ein Rentier infolge Herzschlages, nachdem er eben mit einem Zuge angekommen war. — Vor dem Hause Pallasstrasse Nr. 18 sprang zu derselben Zeit eine unbekanntes, etwa 30 Jahre alte Frauenperson in den Landwehrkanal und ertrank. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft. — In der Nacht zum 26. d. brachte der Maurer Ruch, als er aus der Schankwirtschaft Dreschstrasse 8 mit Gewalt entfernt werden sollte, dem hier beihelfenden Zischer Traut mittelst eines Messers einen Stich in den Kopf bei, so daß derselbe schwer verletzt nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Invalidenstr. 6 wurde am 26. ds. Morgens eine unter stützenpolizeilicher Kontrolle stehende Frauenperson mit verbundenem Kopfe bewußtlos aufgefunden und nach dem Lazarus-Krankenhaus überführt. Wie nachträglich festgestellt worden ist, war ihr Zubehörer, der Zischer Wagner, in der Nacht in ihre Wohnung eingedrungen und hatte Geld von ihr gefordert. Als sie diesem Verlangen nicht nachkam, hieb derselbe mittelst eines stumpfen Weiles auf sie ein und bis ihr ein Ohr zur Hälfte ab. Sie wurde nach der Sanitätsstation in der Eichendorffstrasse gebracht, wo ihr ein Verband angelegt wurde, und wollte sich nach dem Krankenhaus begeben, als sie ohnmächtig niederfiel und so aufgefunden wurde. — Vor dem Hause Marienburgerstr. 18 wurde Vormittags ein vierzehnjähriger Knabe von einem Bierwagen überfahren und erlitt anscheinend innere Verletzungen. — In derselben Zeit erschloß sich ein Buchhalter in den Räumen des Depeschendirektors Franzosenstr. 5a mittelst Revolvers. — Am 25., sowie in der darauf folgenden Nacht fanden 6 kleine Brände und in der Nacht zum 27. d. M. in der Seydelstrasse ein kleiner Brand statt.

Arbeiterbewegung.

Apolda, 27. April. An alle Bäcker- und Pisselmacher Deutschlands! Die hiesige Firmen Florheim und Schöne und Hergt haben fünf Arbeiter entlassen, weil dieselben sich „erdreiheten“, den zu Pfingsten hier stattfindenden allgemeinen Pisselmacher-Kongress einzuberufen. Also wieder einmal die Hungerperle für die Bekämpfung des Koalitionsrechts! Angesichts dieser brutalen Mißregelung ist es nöthig, den Bezug von Pisselmachern, Vorstandsmitgliedern etc. nach Apolda strengstens fernzuhalten und die Bemühungen regelt ausgiebig zu unterstützen. Die Maler und sonstigen Interessenten dürften gut thun, bis auf Weiteres Apoldaer Pissel nicht zu beziehen resp. nicht zu verwenden.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Kopenhagen, 26. April. Eine allgemeine Aussperrung (Lock-out) der Schneider wird morgen hier erwartet.

Magers, 26. April. Der Streik der Schieferarbeiter in Trøsløje ist beendet.

Mezidres, 25. April. Die Streikbewegung gewinnt im Thale der Neuse und in den Ardennen an Ausdehnung.

London, 25. April. In einer vor Bergarbeitern von Gloucestershire gehaltenen Rede sprach Charles Dilke dem Bergarbeiterkongress in Paris seine Anerkennung dafür aus, daß derselbe gegen einen allgemeinen Ausbruch der europäischen Bergarbeiter Stellung genommen habe. Dilke sprach die Ansicht aus, daß die Wünsche der belgischen Grubenarbeiter, einen Ausbruch zur Durchführung zu bringen, auf politische Beweggründe zurückzuführen seien.

London, 27. April. Wie aus New-York gemeldet wird, streiken in Michigan 2500 Bahnbeamte, weil ihre Forderung neunstündiger Arbeit unter Berechnung zehnstündiger Arbeitszeit zurückgewiesen wurde.

Veranstaltungen.

Kommunalwähler-Versammlung. Klein aber eifrig — das war der Stempel der öffentlichen Versammlung, die am Montag, den 13. April, in der Wasserfront, 68 Loge und zum Zusammenfassen aller Kräfte, zur energischsten Agitation von Haus zu Haus im 17. Bezirk aufforderte, damit bei der bevorstehenden Stichwahl der sozialdemokratische Kandidat Börner in das rote Haus einzugehen könne. Das Bureau bestand aus den Genossen Apelt, Julius, Rudolph Kollhardt und Herzog. Stadtordeener Tempel besprach den Stadt-Haushaltsetat in eingehender Weise und erzielte lebhaften Beifall. Nachdem er sein Referat beendet und zum Schluß noch aufgefordert hatte, bei der Stichwahl Schüller an Schüller zu stehen, da Konserwatve und Freisinnige gegen uns sich verbünden würden, trat der Kandidat Wilhelm Börner vor die Versammlung. Er betonte, daß die Sozialdemokratie ein grundsätzlicher Gegner jedweden Kompromisses sei. Der echte Sozialdemokrat kenne nur ein „Rechts“ oder „Links“, ein „Reich“ oder „Armen“, dazwischen aber läge unüberbrückbar die Kluft. Das habe er schon vor drei Jahren dem Kandidaten der Bürgerpartei energisch klar gemacht, als ihm dieser einen Kompromiß vorschlug. Weiter kam er auf die Einkommensteuer zu sprechen, die hier nimmt, was dort die verringerte Mietsteuer übrig läßt. Er führte den Hören vor, was denn eigentlich für Leute in dem „rothen“ Hause seien. Aktionäre der Pferdebahn, Geflügelzüchtere und Hausbesitzer mehr als die Hälfte — sämtlich also Personen, die ganz abgesehen von ihrer politischen Meinung, durch ihren Beruf oder Stand naturgemäß gewonnen, Interessenpolitik treiben. Es sei daher die höchste Zeit, daß dies anders würde, und dazu wäre es notwendig, die Masse aus ihrem Schlaf zu rütteln. Viele kleine Geschäftstreibende, kleine Meister und Restaurateure wählten aus Furcht nicht; viele wären gar nicht in die Listen eingetragen. Redner giebt hierfür einige Beispiele. Dies müßte aufhören und zwar schon bei der bevorstehenden Stichwahl.

Stadtordeener Klein nimmt nunmehr das Wort. Aus den Listen sei leider zu ersehen, führte er an, daß noch immer Arbeiter gegen uns stimmten; diese Köpfe zu erhalten, sei unsere Aufgabe. Bei der Wahl seien außerdem Quittungen zurückgewiesen worden, weil sie keinen Stempel trugen, obgleich sie rechtsgültig waren. Erst nach schärfstem Protest ist die Quittung anerkannt worden. Was jenen Antrag betreffe, daß die 40 000 M. für das Schützenfest lieber den Arbeitern auf den Pisselstein oder den Wärtergehilfen sollten gegeben werden, so sei er mit der Notwendigkeit abgelehnt worden, daß der Privatkapitalist ja auch nicht mehr Lohn zahle. Wie läme also gerade die Stadt dazu, noch ein Extrageschäft zu vertheilen? — Dann wurde noch einmal an die so bezeichnende Verweigerung des Rathhaushaushaues gelegentlich der Rückkehr der ausgewiesenen Genossen erinnert, das hohe Ziel der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ins Auge gefaßt und die als Gnadenbeschenk gepriesene „Mietsteuerfreiheit der Wohnungen“ unter 200 M., die nichts als gesundheitschädliche Löcher sind, in das richtige Licht gesetzt. Mit dem Appell, jeden Löffel aufzuräumen, dann werde es ein Leichtes sein, den Bezirk zu erobern, schloß der Redner. Nach ihm sprachen noch die Genossen Wilhelm Nürnberg, Lombrowsky und Restaurateur Schön. Abdann wurde eine Resolution nach kurzer Debatte einstimmig angenommen: „Die Kommunalwähler-Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verpflichtet sich, bei der bevorstehenden Stichwahl für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei einzutreten, damit derselbe den Sieg davonträgt. Außerdem sollen die Kosten des Polizeihausensatzens und des Vigilantenthums dem Volke vorgeschickt werden, damit man dem Steuerzahler die Augen öffnet, und die Arbeiterklasse sich stets bei jeder Wahl bewußt ist, wem sie ihre Stimme geben soll.“ — Am 4. Mai wird nochmals eine Versammlung stattfinden, zu welcher man von den Genossen fleißigste Agitation erwartet. Referent wird Genosse Zuhauer sein.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 21. April eine gut besuchte Versammlung im Süd-Osten ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Robert Schmidt über die „Chartistenbewegung“. In ca. 1/4 stündiger Rede schilderte derselbe sehr eingehend die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, wie sie in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in England existierten und legte daraus die Bedingungen klar, die die sogenannte Chartistenbewegung hervorgerufen und welche ihren Verlauf bestimmten. Eingehend die Bewegung selbst schildern, kommt Redner zu dem Schluß, daß die Bewegung die sich gesteckten Ziele erreicht hätte, wenn nicht der passende Zeitpunkt zum handelnden Eingreifen verpaßt, ungenützt vorbeigegangen wäre. Hieraus hätten sich die heutigen Sozialisten eine Lehre zu ziehen und den passenden Zeitpunkt zum Eingreifen, wenn es gilt ihre Ziele zu erreichen, dazu zu benutzen. Die letzte Bedingung des Verschwindens der Chartistenbewegung sei die von Jahre 1848 bis 1863 anhaltende Prosperitätsperiode der englischen Industrie gewesen. Die Arbeiterbewegung verlor von da ab in England den Charakter einer politischen, es begann die Zeit der großen Gewerkschaften. In letzter Zeit beginnen die englischen Arbeiter sich wieder mehr mit politischen Fragen zu befassen, sich von bloß gewerkschaftlichen Kämpfen auch dem politischen zugewenden und auch in ihre Forderungen die des Sozialismus aufzunehmen. — Der

Briefe aus Frankreich.

Paris, 4. April 1891.

Die Manifestanten des 1. Mai hätten beinahe das Bureau des Stadtrathes von Paris an ihrer Spitze gesehen. Wenn Sie Ihr Bureau abgeben wollten, so ist es bereit, sich der Manifestation anzuschließen, sagte wörtlich der Präsident des Rathes, M. Levaud, obgleich er Opportunist ist.

Der Gedanke einer Arbeiterschulungs-Gesetzgebung, welcher an den Achtstundentag anknüpft und den verschiedenen Regierungen erst durch das gemeinsame Vorgehen — oder den gemeinsamen Druck — der Arbeiterklassen aller Länder eingeführt wurde, schreitet eben voran und ist heute auch von den wenigst sozialistischen Pariser Gemeinderäthen angenommen.

Solange unsere Arbeiter allein die Begrenzung der Arbeitszeit forderten, — erklärte M. Guisier —, gehörte ich nicht zu ihren Anhängern. Aber heute, wo die große Mehrheit der Arbeiter diese Regelung in allen Ländern verlangt, fällt der Einwurf, und man kann, ohne die nationalen Interessen zu Grunde zu richten, eine so berechtigte Forderung zu erfüllen suchen. Durch eine freundschaftliche Verständigung die Gegenseitigkeit der Mittel zu erhalten, welche wir brauchen, um die Lasten gleichmäßiger zu vertheilen und dem industriellen Kampf seinen ruhigen Charakter des Fortschritts zu wahren, das ist meiner Meinung nach die wahre Bedeutung der Manifestation des 1. Mai, und deshalb ist ihr meine Stimme gewonnen.

Was wir, meine Freunde und ich, wollen — so sagte M. Deschamps seine Rede kurz zusammen — ist, uns ohne Zögern, aber auch ohne falsche Ueberhöhung der internationalen Bewegung, welche festere Gestalt gewinnt, anzuschließen.

Kurz, es fanden sich 29 gegen 42 bereit, die Vorlage der Arbeitskommission anzunehmen, welche folgendermaßen gefaßt war:

Der Stadtrath von Paris stimmt der Arbeitermanifestation des 1. Mai zu Gunsten einer Arbeiterschulungs-Gesetzgebung bei und bestimmt, daß der 1. Mai für die Arbeiter und Angestellten der Stadt als Feiertag gelte.

Der Vorschlag, welcher angenommen wurde, ist nicht so kategorisch gefaßt. Er besagt, daß der Rath sich als Anhänger einer Arbeiterschulungs-Gesetzgebung erklärt, welche zu fordern der Zweck der Arbeitermanifestation des 1. Mai sei. Aber wenn man auch davon abgesehen hat, die Arbeiter und Angestellten der Stadt (einen Ruben der Arbeit) zu lassen, weil der Seinepräfekt dies nicht dulden wollte, so ist dieser Beschluß doch nicht weniger eine Anerkennung der Bewegung, welche, nach den Worten Vallant's, bestimmt ist, einen neuen Wendepunkt der Politik zu markiren, den Beginn des internationalen sozialistischen Vorgehens des Proletariats.

So hat ihn auch unser Bidmore im Kleinen, der edle Herr Constans aufgefaßt, und er verheißt auch seine schlechte Laune nicht, da ihm eine derartige Abstimmung die politischen Gewaltthätigkeiten, welche er gegen die zukünftigen Manifestanten vorbereitete, ziemlich erschwert.

Unterdes ist das Hauptkomitee zur Organisirung der Feier des 1. Mai rüstig an der Arbeit. Es vertritt gegenwärtig 140 Gewerkschaften oder sozialistische Gruppen und hat in seiner letzten Generalversammlung folgende Vorschläge des Pariser Zweiges der Arbeiterpartei angenommen:

1. Die Arbeiter werden aufgefordert, überall, wo ein Rubenlassen der Arbeit möglich ist, am Freitag, den 1. Mai, die Fabriken und Arbeitsplätze nicht zu betreten.

2. Eine Abordnung des Proletariats von Paris, der sich die Abordnungen des Proletariats der Departements anschließen, wird am Nachmittag nach dem Palais Bourbon entsandt, um die Behörden aufzufordern, durch ein Gesetz den Arbeitstag auf höchstens 8 Stunden zu beschränken.

3. In jedem Arrondissement werden die Abgeordneten und Stadträthe benachrichtigt, daß sie sich um 11 Uhr Vormittags in ihrem betreffenden Amtslokal einzufinden haben, um dort die Delegirten der Gewerkschaften, der Fach- oder sozialistischen Vereine und der im Laufe des April abgehaltenen öffentlichen Versammlungen zu empfangen.

Diese letztere Art zu manifestiren ist durchaus neu. Zum ersten Mal wird das Volk der Werkstätten, anstatt zu den Behörden zu gehen, um ihnen seine Beschwerden vorzutragen, diese zu sich kommen lassen, um sie zu hören und ihm zu willfahren. Zweckes wäre es noch hinzuzufügen, daß diese Beschlagnahme der Gewächten durch die Wähler nicht nach dem Geschmack der Bourgeoisie ist. Sie ist darüber ganz aus dem Häuschen. Wie wird das werden, wenn sie nicht, wie die Departements von Paris auf diesem Boden folgen?

In den Departements Bouche du Rhône, Gironde, Nord, Pas de Calais u. s. w. scheint man fest entschlossen, den Umstand, daß die Kammer am Mittwoch, den 1. Mai, keine Sitzung abhält, zu benutzen. Man will an diesem Tage unsere Honorabeln nach dem Stadthaus des Hauptortes ihres betreffenden Arrondissements berufen. Und dann ist nur zweierlei möglich:

Entweder antworten die Deputirten nach dieser Umwandlung in Manifestanten für den 1. Mai wider Willen nicht auf die Aufforderung —, und dann stoßen sie selbst diejenigen Arbeiter vor sich ab, welche früher für sie gestimmt haben und ihnen eine bezweifelnde Zurückhaltung nie verzeihen werden.

Oder sie erscheinen, und sei es auch nur aus Sorge für ihre Wiederwahl, zum Rendez-vous, welches man ihnen am 1. Mai geben wird. Dann wird man sie veranlassen, sich auf der Stelle zu überzeugen, wie sehr dem arbeitenden Frankreich die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit am Herzen liegt, und sie werden bei ihrer Rückkehr zum Palais Bourbon für diese Reform günstig stimmen sein.

In beiden Fällen wird der Dieb gefressen haben. Was die Abordnung betrifft, welche am Nachmittag zum Bureau der Kammer entsandt werden soll, so wird sie diesmal weit gewaltiger sein, da, dem Beschluß der Kongresse von Lille und Calais entsprechend, in allen großen Arbeiterzentren Delegirte ernannt werden sollen, um sich bei diesem Gange den Delegirten der Pariser Arbeiterorganisationen anzuschließen.

Dieser Gedanke, die Beschwerden und Forderungen des französischen Proletariats zusammenzufassen und durch eine einzige, nicht mehr lokale, nein nationale Abordnung vertreten zu lassen, wurde mit Enthousiasmus aufgenommen. Und überall ist man beschäftigt, ihn zur Ausführung zu bringen.

Der Nationalrath der Arbeiterpartei hat schon die Nachricht empfangen, daß Roubaix durch drei, Lille durch zwei, Calais, Noanne, Bourdeau, Armantières, Tropes, Marbonne je durch einen Delegirten vertreten sein werden.

Die Neugierigen über das Rubenlassen der Arbeit lauten nicht weniger günstig. Ein Telegramm aus Calais zeigt mir soeben an, daß die Arbeiter jener Stadt, mehr als 2000 an Zahl, nachdem sie für die Streiter von Manningham (England) 2500 Frks. und eine wöchentliche Unterstützung von 50 Centimes pro Kopf und Woche für die Dauer des Streiks bewilligt hatten, bestimmten, daß kein Weibthul am 1. Mai im Gange sein sollte. Ebenso wird es in Bourmies sein, einer wichtigen Gemeinde von mehr als 20 000 Weibern, welche sich erst kürzlich organisiert und der Arbeiterpartei angeschlossen haben. Das Gleiche gilt von

den Steinkohlenbergwerken der Departements Alier, Loire und Gard, wo auch nicht ein Bergmann in die Tiefe steigen wird. Der 1. Mai 1891 wird die gewaltigste Meinungsäußerung der Arbeiter bringen, welche Frankreich je gesehen hat.

Jules Guesde.

(Seit obiger Brief geschrieben ward, ist es in Paris betreffs der Reise wieder zu Differenzen gekommen, welche wohl kaum noch rechtzeitig geschlichtet werden können. In der Provinz herrscht dagegen die vollkommenste Einmüthigkeit. R. d. „V.“)

Soziale Ueberblick.

In der Brauerei Friedrichshain haben gestern sämtliche im Flaschenkeller beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierfür ist in einer Maßnahme zu suchen, die von der Direktion ausging. Ohne irgend welche Veranlassung wurde den Arbeitern angeordnet, daß die Arbeitszeit von gestern ab von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends ausgedehnt werden sollte. Ueber eventuelle Pausen hatte sich die Direktion ihren Entschluß vorbehalten. Infolge dessen legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Zuzug ist strengstens fern zu halten. Es handelt sich außerdem noch um die Bezahlung der Ueberstunden. Noch im Herbst vorigen Jahres wurde die Ueberstunde mit 25 Pf. bezahlt. Bald darauf wurde wahrscheinlich im Interesse der armen Aktionäre ein Abzug von 5 Pf. pro Stunde decretirt, und jetzt ist man sogar so liebenswürdig, die Ueberarbeit ganz umsonst zu verlangen.

Auf der Pagar Berlin und Umgegend. Kollegen, in der am 26. April d. J. in der Brauerei Köpenick tagenden öffentlichen Versammlung ist folgende, vom Kollegen F. Gräbke gestellte Resolution einstimmig angenommen worden: Die heutige in der Brauerei Köpenick tagende öffentliche Versammlung der Pagar Berlin und Umgegend erklärt, von einer direkten Arbeiterrunde am 1. Mai Abstand zu nehmen. Sie beschließt jedoch in der Weise zu demonstrieren, daß sie die Kollegen, welche am 1. Mai arbeiten, verurtheilt, 1/4 des Tagesverdienstes der Gewerkschaftskommission der Arbeiter Deutschlands zu übergeben. Obiger Betrag soll durch eigens hierzu angefertigte Quittungsmarken vom 1. Mai ab durch die Vertrauensmänner erhoben werden.

Veranstaltungen.

Maurer.

Vom Vertrauensmann, Kollege Weise, war für den 26. d. M. nach den Armin-Hallen eine öffentliche Versammlung der Maurer Berlin und Umgegend einberufen worden, welche zahlreich besucht war und der Leitung des Kollegen Blau roch unterstand. In derselben hielt Kandidat Pö us unter Zugrundelegung der Marx'schen Theorien einen Vortrag über die verschiedenen Arbeitssysteme, vor Augen führend, daß die Arbeiter durch das System der Stück- bezw. Akkordarbeit (Saisonarbeit) im höchsten Maße geschädigt werden und nur die Unternehmer Nutzen davon haben, den abscheulichsten Anstreich des Systems der Stück- bezw. Akkordarbeit, die Hausindustrie, einer eingehenden Besprechung unterziehend, darlegend, daß eine wirksame Dämpfung des verwerflichen Akkordsystems nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitszeitgesetzes möglich sei, diese und diesen energisch anzustreben empfehlend, um der Umwandlung des Privateigentums in Gemeineigentum die Wege zu ebnen. Die Ausführungen des Referenten erzielten den lebhaftesten Beifall der Versammelten. Von einer Diskussion wurde abgesehen, dagegen einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Maurer Berlin und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, daß die Akkordarbeit verdammenstwert ist. Darum verpflichten sich sämtliche Kollegen, soweit dies noch nicht geschehen ist, sich als Mitglieder der freien Vereinigung der Maurer Berlin und Umgegend anzuschließen und in diesem Sinne bei allen Kollegen zu wirken.

Klempner-Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Klempner, welche Sonntag Mittag unter dem Vorhitz des Kollegen Selchow tagte, beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu dem demnächst stattfindenden allgemeinen Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt am Main, wobei hauptsächlich die Organisationsfrage in Betracht gezogen wurde. Kollege Weber hatte das Referat übernommen und führte aus:

Auf dem vorjährigen Kongress in Weimar seien die Vertrauensmänner beauftragt worden, im nächsten Jahre einen Kongress einzuberufen, ohne daß ihnen nähere Bestimmungen über Zeit oder Ort gegeben wären. Diese hätten daher jetzt einen Kongress nach Frankfurt am Main einberufen. Eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter habe nun kürzlich beschlossen, den Kongress von Berlin aus nur durch drei Delegirte zu beschicken. Aus taktischen Gründen hätte er selbst jedoch es lieber gesehen, wenn Berlin stärker vertreten gewesen wäre, aber für ihn sprächen hier wesentlich die auch schon in jener Versammlung angeführten Gründe wirtschaftlichen Charakters mit. Er stelle es zwar der Versammlung anheim, hierzu Stellung zu nehmen und glaube auch, daß die Versammlung trotz der Beschlüsse der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung dazu berechtigt sei.

Als den Hauptpunkt des Kongressprogramms bezeichnet Redner, zu diesem übergehend, den Punkt, welcher die Organisationsfrage behandelt. Redner bemüht sich zunächst, in höchst objektiver Weise die Vorzüge und Nachteile einer Zentralisation gegenüber einer Lokalorganisation klar zu legen. Im Prinzip dürfte wohl Jeder für eine Zentralisation sein, angesichts unserer Vereinigungslosigkeit jedoch würde eine solche, welche ein Zerfallen der Gewerkschaftsbewegung von der Politik in sich berge, zumal im Kampfe gegen Leute von der Art eines Kühnemann ein großer Fehler sein. Man würde sich durch das Entfernen der Politik aus der Gewerkschaftsbewegung selbst den Lebensfaden unterbinden. Die Nachteile der Zentralisation dürften wohl erheblich deren Vortheile überwiegen, so daß unter den heutigen Verhältnissen eine Zentralisation den Interessen der Arbeiterschaft keineswegs entspreche und daher verwerflich sei.

Redner legte dann den Zweck einer Gewerkschaftsorganisation dar und empfiehlt als die gegenwärtig beste Organisationsform die lokale Zentralisation, und fordert die Kollegen zum Eintritt in den neugegründeten Verband aller

in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter auf. (Beifälliger Beifall.)

In der Diskussion sprachen sich von den zahlreichen Rednern fast alle im Sinne der Ausführungen des Referenten gegen eine Zentralisation und für eine lokale Zentralisation aus.

Nur zwei Redner und zwar ganz besonders energisch Kollege Selchow treten für eine Branchenzentralisation ein. Größere Meinungsverschiedenheit herrscht dagegen vor bei der Frage, ob die Klempner sich noch besonders auf dem Kongress vertreten lassen oder ob sie sich dem Beschluß der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung anschließen sollen. Kollege Papold legte die Gründe dar, welche damals veranlaßten, von einer Vertretung der Interessen der einzelnen Branchen, als für Berlin gar nicht vorhanden, Abstand zu nehmen und nur insgesamt drei Delegirte zu senden.

Nach einem kurzen Schlusswort gelangte folgende Resolution und zwar der erste Theil derselben gegen eine verschwindend kleine Minorität, der andere Theil ebenfalls mit großer Mehrheit zur Annahme.

1. Die öffentliche Versammlung der Klempner Berlin, abgehalten am 26. April 1891 bei Feuerstein, erklärt sich gegen eine allgemeine Zentralisation, da die heutige verschiedenartige Vereinsgesetzgebung in den einzelnen Partikularstaaten diese einigen deutschen Staaten unmöglich macht und da ferner die Politik aus dieser Zentralisation ausgeschlossen sein müßte, wodurch die Heranbildung jüngerer Kräfte durch dieselbe zur Sozialdemokratie unmöglich gemacht würde.

2. Ferner beschließt die Versammlung, keinen Delegirten nach Frankfurt a. M. zu senden.

Es wurde hierauf noch eine Ergänzungswahl an Stelle des aus der Lohnkommission ausgetretenen Kollegen Voges zu derselben vorgenommen, wozu Kollege Becker gewählt wurde.

Unter Verschiedenem wurde, nachdem Kollege Unger dazu gesprochen hatte, folgende, bei der Verlesung mit allgemeiner Zustimmung angenommene Protest-Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige, bei Feuerstein tagende, öffentliche Klempnerversammlung spricht ihre Mißbilligung über das Gebahren des Vereins der Metallindustriellen aus. Die Klempner Berlin haben erkannt, daß der genannte Verein nur durch die verwerflichsten Mittel, als Verkürzung der öffentlichen Meinung durch eine feile Presse u. s. w., sein ungesetzliches Treiben zu beschönigen vermag.

Die Versammlung verurtheilt ferner das Verhalten des Vorsitzenden von Berlin, der ein Geldgeschenk als Belohnung für seitens der Beamten am 1. Mai vorigen Jahres im Interesse der Fabrikanten geleistete Dienste annahm und erwartet, daß diese Thatsache von dem größten Theil des deutschen Volkes mit Enttäufung zurückgewiesen wird.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen hielt am 18. d. M. seine letzte Versammlung, eine Generalversammlung, ab, welche über die Auflösung des Vereins zu beschließen, sämtliche Vereinsangelegenheiten zu regeln und eine Liquidationskommission zu wählen hatte. Nach einem Referat des Kollegen Ehrlich, in dem er noch einmal über die Thätigkeit des Vereins sich vertheilte, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Weil uns die Erfahrung gelehrt, daß heute, wo die Unternehmer der Metallbranche, wenige räumliche Ausnahmen abgerechnet, sich zusammen geschlossen, um das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, die jetzt bestehenden Fachvereine nur eine Zerstückelung der Kräfte bedeuten; die von einem Theil der Arbeiterschaft angebotene Zentralisation über ganz Deutschland aber zu leicht den bestehenden Vereinen gesehen zum Opfer fallen kann, beschließt die heutige Generalversammlung des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen ihren Verein zu Gunsten des „Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend“ aufzulösen und verpflichtet sich mit aller Energie dahin zu wirken, daß derselbe sich groß und mächtig gestaltet. Ferner beschließt die Versammlung, das vorhandene Vermögen dem genannten Verbande zu überweisen. — Hieran schlossen sich die Berichte, der Kassirer und des Bibliothekars, für welche sämtliche Herren Decharge erhielt wurde.

Bei Verschiedenem wurde dem Kollegen Pogbiller, da er wegen Lohnreduzierung die Arbeit aufgeben mußte, laut Statut für drei Wochen Unterstützung bewilligt, welche die Versammlung auf 12 M. pro Woche festsetzte. Zu Liquidatoren wurden die Kollegen Werwih, Wreden, Steinfurt, Angefragt und Jaiser gewählt. Nachdem noch Kollege Einermacher auf den Beschluß aufmerksam machte, einen Theil des Arbeitsverdienstes vom 1. Mai zu opfern, gab er gleichzeitig bekannt, daß die Marxen hierzu schon jetzt bei ihm zu haben sind mit der Bitte, dieselben ausgiebig zu benutzen. Seine Wohnung ist Wögglinstr. 1. Hieran erklärte der Vorsitzende den Verein für aufgelöst und schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den neuen Verband.

Eine öffentliche Versammlung der Maler, Anstreicher und Versägenossen Berlin und Umgegend fand am 23. April unter dem Vorhitz des Herrn Weniger statt. Herr W. Schweiger hielt einen Vortrag über die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft und deren Verfall. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine entsprechende Resolution gelangte zur Annahme. Hierauf erstattete Herr Schweiger Bericht über die letzte Bauarbeiter-Konferenz, der eine längere Debatte hervorrief. Ein Antrag, dahingehend, daß die Maler ihre Delegirten zurückziehen sollten, wurde abgelehnt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung, die Waise, gab Herr Busch (Vertrauensmann) bekannt, daß er in Anbetracht der schlechten Geschäftslage darauf verzichtet habe, den Beschluß der Versammlung vom 18. März zur Ausführung zu bringen, und für den 1. Mai Abends eine Versammlung zu welcher auch die Frauen eingeladen würden und an die sich ein gemüthliches Beisammensein schließen sollte, zu arrangiren. Diese, sowie weitere, die Öffentlichkeit nicht interessirende Ausführungen, riefen eine längere Debatte hervor, an welcher sich die Herren Schweiger, Schmidt, Gräß, Reherau, Popplen, Jablonsky, Collin u. A. beteiligten. Mehrere der Redner erklärten sich damit nicht einverstanden, daß der Beschluß der vorigen Versammlung nicht zur Ausführung gelangen sollte. Ein Antrag des Herrn Heuser, zum 3. Mai, Vormittags 9 Uhr, eine öffentliche Malerverammlung einzuberufen, wurde angenommen. Ein Antrag, zwei Referenten zu wählen, welche die Abrechnung des Vertrauensmannes zu residiren haben, wurde ebenfalls angenommen. Diskutirt wurde auch lebhaft darüber, wie sich am besten der Verschleiß der Marxen im Werthe von 1 M., welche der Vertrauensmann hat drucken lassen und die von denen gekauft werden sollen, welche am 1. Mai arbeiten, regeln lasse. Es bleibt dies dem Vertrauensmann überlassen. Als Referenten wurden die Herren Schmidt und Collin gewählt.

Grosse öffentliche Volksversammlung
für Männer und Frauen
 am **Freitag**, den 1. Mai cr., Abends 7 1/2 Uhr,
 im „Eiskeller“, Chausseestr. 88 (hinterer Saal).
 Tagesordnung:
 Vortrag: „Ueber die Bedeutung des 1. Mai“. Referent
Wilhelm Liebknecht.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Versammlung
 am **Dienstag**, den 28. April cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 in „Königshof“, Bülowsstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über „die sozialrevolutionäre Bewegung in Rußland“.
 Referent: Genosse Th. Glöck.
 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und
 Fragelasten. 837/8
 Die neuen Statutenbücher werden in dieser Versammlung ausgegeben.
 Zugleich ersuchen wir diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen
 restituieren, diese umgehend zu entrichten, da wir uns sonst veranlaßt sehen, sie
 auszuschließen. Die Zahlstellen befinden sich bei Otto Klein, Zigarrengeschäft,
 Kottbuser Damm 14; Scheyer, Restaurant, Gneisenaustr. 35; Gausel, Restau-
 rant, Boechstr. 12; Schmidt, Restaurant, Dieffenbachstr. 34; Lohm, Restaurant,
 Brandenburgerstr. 11; Ernst Wilschke, Zigarrengeschäft, Rahbomstr. 1 u. Junker-
 straße 1; Schröder, Zigarrengeschäft, Kreuzbergstr. 15; Grube vorm. Schön-
 feld, Restaurant, Mariendorferstr. 10; Kiesel, Restaurant, Schwerinstraße 58;
 Böhlend, Restaurant, Bülowstr. 52; Grassunder, Restaurant, Schwerinstr. 9.
 Zugleich weisen wir darauf hin, daß am **Sonntag**, den 3. Mai, ein
grosses Arbeiter-Fest
 in der Berliner Vorkammer stattfindet, bestehend in **Vokal- und Instru-
 mentalkonzert, Lebensbilder und Tanz**, unter gütiger Mitwirkung
 der Vereine des Arbeiter-Sängerbundes als: Gesang- und Musikverein Firmitas,
 der Gesangsvereine Freiheit, Frühlingslust, Harmonia, Kreuzberger Harmonie,
 Piederseeheid, Treuebund und Waldkapelle, zusammen 200 Sänger, mit reich-
 haltigem Programm, wozu Billets à 20 Pf. bei den Vorstandsmitgliedern und
 in den Zahlstellen zu haben sind.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr,
 im Saale „Königsbank“, Gr. Frankfurterstr. 117:
Mai-Feier,
 bestehend in
Konzert u. Gesang, ausgef. v. Gesangver. „Liederlust“,
 Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.
Festrede,
 gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer.**
 Nachdem: **Tanz.**
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
 Programms à 20 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Lokalen, so-
 wie in den Zahlstellen des Vereins bei den Genossen im Süd-Osten: Gottfried
 Schulz, Admiralsstr. 40 (Kottbuser Platz); P. Zubeil, Nauynstraße 88 part.;
 Karl Scholz, Wrangelstr. 82 part.; Bonno Stabernaok, Wrangelstr. 85 im
 Zigarrengeschäft; im Osten: G. Tempel, Breslauerstraße 27, Restaurant; O.
 Heindorf, Langestr. 70 part.; Lock, Friedrichsbergerstr. 11, Restaurant. — Auch
 werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen. 339/9

Maifeier
 der
Drehzler aller Branchen Berlins
 am **Sonntag**, den 3. Mai cr.,
 in Friedrichshagen, im „Seeschlößchen“, bestehend in
Gesangausführungen, Festumzug,
Aufführung der Bismarckspende, Tanz u. s. w.
 Treffpunkt 1 1/2 Uhr Schlesischen Bahnhof, Abfahrt des Zuges 7 1/2 Uhr
 auf Arbeiterbillets, hin und zurück, Billets à 30 Pf. (für Nachzügler tritt diese
 Vergünstigung nicht ein). — Gäste sind herzlich willkommen. 136/14
 Um rege Beteiligung bitten
Die Beauftragten.

Maifeier der Porzellanmaler
Sonntag, den 3. Mai, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.
Festrede, gehalten von Fritz Zubeil.
Konzert, Vorträge, Tanz frei.
 Anfang Nachmittags 4 Uhr. Entree 30 Pf.
 Billets sind zu haben bei Protz, Annenstr. 9. 216/4

Versammlung
 des Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruckpreisen
 am **Mittwoch**, den 29. April, Abends 8 Uhr,
 im Restaurant Kessner, Annenstr. 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Wahl der Revisoren.
 5. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 125/5
Der Vorstand.

Maifeier in Strausberg.
 Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof 6,10, von Stralau-Nummelsburg 6,15
 Morgens. Alles Nähere im redaktionellen Theil dieses Blattes. 334/15
 2. gebrauchte Nähmaschinen sind zu
 verkaufen bei W. Redzwanets, Gröner
 Weg 82, 1 Tr. 567b
 Ein Kind wird in Pflege genommen.
 An erfragen b. Redn. Friedrichsberg
 Chausseestr. 21a, Seitenh. 2 Tr.

Geschäftshaus H. GREIFENHAGEN,
N., Brunnenstraße 20,
 bleibt der Feiertage wegen am **Mittwoch**, den 29. und
Donnerstag, den 30. April, sowie **Sonnabends**
 stets geschlossen. **Donnerstag** wird Abends geöffnet.

Eisen- und Stahlwaaren.
 Werkzeuge für Schlosser, Töpfer u. Holzarbeiter.
 Haus- u. Küchen-Geräthe.
E. Vogtherr, Berlin
 Erstes Geschäft: C. Landsberger-Strasse No. 54.
 Zweites Geschäft: NW. Stephan-Strasse No. 27a.
 (Fernsprech-Verbindungen.)
 390 L.
 Freie Zusendung, — nach außerhalb halbe Fracht oder Porto-Vergütung.

Telephon Amt III 8521.
Assboden-Glasur-Lack-Farbe
 (goldbraun)
 trocknet in 4-5 Stunden hart und glänzend,
 macht das Ueberlackieren überflüssig. Das unan-
 genehme Kleben ist vollständig ausgeschlossen.
 Name Witterung hat keinen
 Einfluß auf meine Farbe. Auf-
 träge führe nur gegen vor-
 herige Einsendung des Betra-
 ges oder gegen Nachnahme
 an. Preis à Pfund 90 Pf. mit
 Patent-Mischkannne, welche
 gleichzeitig als Streichgerät
 benutzt werden kann.
R. J. Suter,
 Berlin N., Zionskirchstr. 44, urweit des Rosenthaler Thores.
 Für Berlin von 5 Pfund an frei Haus.

Wer Nähmaschine
 kaufen will, verlange — bevor man
 anderweitig kauft — eine illustrierte
 Preisliste **C. Mahnkopf, Berlin W., Strasse 23.**
 Diese seit 24 Jahren bestehende Firma ist die vortheilhafteste Bezugsquelle in
 Nähmaschinen, wie dies fortwährend von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

Echte Rathenower Brillen
 und **Pince-nez** nur mit prima Kristall-Gläsern von 1,50 Mark an.
Rudolf Reinhardt,
 Linden-Strasse Nr. 94, neben der Markthalle.
 Sonntags geschlossen.

Den besten bayrischen
Schmalzler
 aus ächtem Praxitabak, sowie
 ihre rühmlichst bekannten
**Krauz-, Kan- u. Schnupf-
 Tabaksorten**
 empfehlen 194L
Schwarz & Co.
 Tabak-Fabrik, Nürnberg.
 Marienvorstadt,
 4. Gleisbühlstrasse 4.
 Versandt von Schmalzler von
 7 Pf. an franko.

Bitte lesen Sie!
 Jeden, der billig und gut kaufen will,
 empfehle mein sehr reichhaltiges Lager
 von circa 1000 Sommer-Paletots,
 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke,
 Jaquetts, Hosen, Westen etc.
 Ferner Hüten, Betten, Betten,
 Wäsche, Stiefeln, Hüte, Reise- und
 Holzkoffer, Waschkessel etc., sowie
 Damen-Mäntel und Kleider.
 Sämmtliche Sachen in alt und neu,
 auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
 Schneidemeister,
 127 Staligerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden
 gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und
 Hausnummer zu achten. 306 L.

H. GUTTMANN
 Stempel,
 Schablonen-Schneider-
 Fabrik
 Berlin N., Brunnenstr. 9.

Jede Uhr
 unter Garantie
 kostet bei mir
 (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Mannstr. 38,
 n. d. Oranienplatz.

Sophabezüge!
 Reste in Ripz, Damast, Granit,
 Plüsch u. bun. Stoff. **Spottbillig.**
 Emil Lohvoro, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Für Schuhmacher!!
 Seit Anfang April befindet sich die
Unter-Schuhleisten-Fabrik
 Bronnwerkzeuge und Bodarsartikel
C. Japsen & Co.,
Zimmerstrasse 39
 zwischen Jerusalem u. Marktgrabenstr.

Im Tuchgeschäft
Oranien-Str. 126. I.
 Herren- und Knaben-
 Anzüge, Paletots,
 sowie Damenkleider etc.
 Auf Wunsch auch gegen
 Echeilzahlungen. 625 L.

Die billigste Bezugsquelle
 für Gardinen, Teppiche, Betten, Federn,
 Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollen-
 Waaren, Wäsche, Damenconfection
 ist bei **J. Gabbe & Comp.,**
 Fehrbellinerstr. 77. 236
 Rosenthalerstr. 69/70.

Kinder-Garderobe
 fertigt in den neuesten Modellen zu bill. Preisen
Th. Hofmann, Schneidermeister,
 590 L. 23 Franseckstrasse 23.

Rohtabak
A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 an diesem Plage bekanntlich
 Größte Auswahl. Garantiert
 sicher brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämmtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Lärchen Markt. 1746

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27, 8-10, 5-7, Sonnt. 8-11.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
 Die schönsten 588L
Kinder-Kleider
 für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde,
Trifottailen u. Blousen
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Massbestellungen u. Reparaturen
 werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Möbel- und
Polsterwaaren
 empfiehlt zu billigen Preisen bei guter
 reeller Arbeit 304L
Rob. Fischer, Tapezier,
 Mantelstr. 65, 1.
 Kein Laden.

Das grösste Brot
 für 50 Pf. liefert 518 L.
Albrecht's Bäckerei,
 Wrangelstr. 8 und Langestr. 26.

Fehlerhafte Teppiche,
 Käufer, Fortleben, Eischdecken
 unter Kostenpreis. Fabrik
 Hille, Zimmerstraße 86, Hof part.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof partierre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Schneiderin für gut sitzende Damen-
 und Kinderkleider. Elise Gebauer,**
 Andreasstr. 51, 3 Tr. 552b

**2 Stand Betten & verl. Sebastian-
 strasse 15, S. L. p. 152H**

**Meiner's Lexikon suche zu kaufen
 H. Sauer, Hübnerdorferstr. 38.**

**Grüntram mit Bierverlag muß
 sofort verkauft werden Lehrtstr. 53.**

**Wer leicht einem Geissen (verhert.)
 200 Mark gegen Sicherheit. Monat-
 liche Rückzahlung. 500b
 Offerten E. T. 25, Grp. d. 31.**

**Ein gangbares Kolonialwaaren-
 Geschäft, verbunden mit Destillation,
 in belebter Gegend, recht fruchtbar-
 halber zum Verkauf. Näheres
 617 b) Urbanstr. 68.**

Klempnerei
 mit Werkstatt, guter Rundschaft und
 schön eingerichteten Laden ist Umstände
 halber preiswerth zu verkaufen.
 Gefällige Offerten beliebe man unter
 E. Z. in der Expedition des „Vorwärts“
 abzugeben. 563b

Zur Maifeier!
 Lebens-Lassalle-Büste,
 künstlerisch, nach der Todtenmaske
 modellirt, Pr. 15 M. empfiehlt
**K. Rost, Moabit, 561b
 Preusselstraße 19, 2 Tr.**

Bereinszimmer
Mariannenstr. 19. 564b
 Sonntag, Montag, Donnerstag noch frei.
 Die Beleidigung, welche ich Herrn
 Fritz Koboldt zugefügt habe,
 nehme ich hiermit zurück und erkläre,
 denselben für einen ehrenhaften Mann.
 556b **Carl Richter.**

**Ich nehme die Beleidigung gegen den
 Knopfabbeiter J. Bleicher, Euro-
 strasse 55, zurück und erkläre, daß derselbe
 kein Epistel ist. J. Götsche.**

Regenmäntel, enorm billig, in neuesten Façons und gediegenen Stoffen offerirt
S. Cohn, Brunnenstraße 3. 60K
 Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Dading in Berlin SW., Weuthstraße 2.